

DIE DREI ORTE IM 19. JAHRHUNDERT

Von Anneliese Müller

Betrachtet man die Geschichte im Lauf der Jahrhunderte, so lassen sich überall Entwicklungen feststellen, welche die Landschaften und das Leben ihrer Bewohner langsam aber nachhaltig veränderten. Diese Veränderungen geschahen jedoch so unmerklich, daß sie kaum auffielen, zumal sie im allgemeinen nur eine Fortentwicklung bestehender Verhältnisse darstellten. Das 19. Jahrhundert bildet dazu einen schroffen Gegensatz. Die politische Neuordnung Europas, welche mit dem Namen Napoleon verbunden ist, erwies sich als eine völlige Umwertung aller bisher gültigen Werte. Sie hatte Folgen, die von denen, die sie eingeleitet haben, nicht übersehen werden konnten. Aber auch sie ist nicht aus dem Nichts hervorgebracht worden, sondern ebenso Folge einer lange andauernden Entwicklung, die allerdings bisher kaum sichtbar geworden war.

Allgemeine Verhältnisse

Seit dem Dreißigjährigen Krieg war das Gebiet am Oberrhein nicht mehr zur Ruhe gekommen – Kriegshandlungen wechselten ab mit Truppendurchzügen, Einquartierungen und Requisitionen samt allen daraus entstehenden Folgen. Das Kaiserstuhlgebiet war davon besonders betroffen, weil an seinem Rand die Feste Breisach lag, um die sich das Reich und Frankreich ständig stritten. Die Stadt war 1648 Frankreich zugesprochen worden und wurde erst, zusammen mit dem 1677 eingenommenen Freiburg, nach dem Frieden von Ryswijk 1697 wieder herausgegeben. Aber dies war nicht von Dauer: 1703, 1744, 1793 und 1796 fiel Breisach wieder an die Franzosen, während Freiburg von 1713 bis 1715 und 1744 in französischer Hand war. Denn die Gebietsansprüche Ludwigs XIV. und seiner Nachfolger, welche diese durch eigens eingerichtete „Réunionskammern“ ermitteln ließen, zogen eine Reihe von Kriegen nach sich, unter denen das Land am Oberrhein als Einfallspforte für das Militär zu leiden hatte. Schon im Holländischen Krieg (1672-1678) war 1671 Höhingen geschleift, 1672 Burkheim, 1675 Lichteneck und 1677 die Kastelburg zerstört worden. Freiburg blieb bis 1697 französisch und wurde durch Vauban zu einer Festung ausgebaut, der die Vorstädte zum Opfer fielen. In dieser Zeit wurde auch in Breisach eine Reunionskammer eingerichtet, welche die Rechtsansprüche Frankreichs im Elsaß prüfen sollte. Infolge von deren großzügiger Auslegung dieser Ansprüche büßten die Markgrafen von Baden ihre linksrheinischen Besitzungen ein und Straßburg wurde 1681 französisch. Im anschließenden Pfälzischen Krieg (1688-1697) taten sich besonders die Truppen des Generals Mélac durch planmäßige Plünderung und Brandschatzung hervor, bereits 1688 war die Hochburg gesprengt worden. Auch der Spanische Erbfolgekrieg (1701-1714) und der Polnische Erbfolgekrieg (1733-1735/38) waren begleitet von Truppendurchmärschen und Plünderungen. Im Österreichischen Erbfolgekrieg (1740-1748) schließlich wurden 1742 Breisach, 1744 Freiburg geschleift.

Erst dem Friedensschluß von Aachen 1748 folgte eine kurze Zeit der Entspannung. Einwohner wie Gemeinden bot sich die selten gewordene Möglichkeit, langsam wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen.

Sie dauerte nicht einmal fünfzig Jahre. Ende des Jahrhunderts griff die von der Französischen Revolution ausgehende Unruhe auch auf das rechte Rheinufer über. Zwar konnten die Versuche, einen ähnlichen Aufstand zu machen, hier schnell erstickt werden. Aber 1792 erklärte die französische Revolutionsregierung, in Fortsetzung der bisherigen Politik, Österreich und Preußen den Krieg. Erneut marschierten die Franzosen ein. Im September 1793 wurde Breisach beschossen, 1796 Freiburg erneut besetzt. Durch einen Sonderfrieden, den Preußen 1795 zu Basel mit Frankreich geschlossen hatte, hatte dieses für sich und seine Verbündeten auf den linksrheinischen Besitz verzichtet und brachte damit die badische Markgrafschaft in Zugzwang. Zunächst jedoch durchzog eine französische Heeresabteilung unter General Jourdan den Breisgau bis zur Baar, richtete großen Schaden an und verlangte horrenden Kontributionen. Die badische Landwehr, welche sich ihnen bei Tutschfelden (7. Juli) und Wagenstadt (14. Juli) stellte, konnte sie nicht aufhalten, am 16. Juli wurde Freiburg besetzt. Baden schloß daraufhin am 22. August einen Sonderfrieden mit Frankreich, trat diesem seine linksrheinischen Besitzungen ab und wurde alsbald zu einem französischen Vasallenstaat ohne jegliche Rechte. Österreich hingegen erwies sich im Breisgau als erfolgreich: am 19. Oktober gelang es Erzherzog Karl in der Schlacht bei Emmendingen, die Franzosen zurückzutreiben, die daraufhin, da ihnen der Rheinübergang bei Kehl versperrt blieb, den Rückzug über Breisach antraten.

Keineswegs erfolgreich war Österreich hingegen in Italien, hier siegte Bonaparte. Österreich mußte kapitulieren und trat im Frieden von Campo Formio (17. Oktober 1797) ebenfalls seine Rechte und Besitzungen auf dem linken Rheinufer an Frankreich ab. Die durch diese Maßnahme geschädigten Fürsten (die Ländereien waren durchweg verliehen) sollten, so beschloß man, in Deutschland entschädigt werden. Freiburg und der Breisgau wurden dem Herzog von Modena, Herkules III. von Este, zugesprochen, der ebenfalls seine Herrschaft an die Franzosen verloren hatte.

Auch der zweite Koalitionskrieg (1799-1802) ging für Österreich verloren, so daß im anschließenden Frieden von Lunéville 1801 die 1797 vereinbarten Punkte festgeschrieben wurden. Österreich anerkannte zudem die inzwischen neu entstandenen Republiken und bestätigte die Übertragung des Breisgaus auf den Herzog von Modena. Dieser starb allerdings schon 1803. Nachfolger wurde sein Schwiegersohn, Erzherzog Ferdinand zu Österreich, so daß der Breisgau nochmals für kurze Zeit an Österreich kam. Denn am 25. Februar 1803 beschloß eine zu Regensburg tagende Reichsdeputation die Aufhebung sämtlicher Kleinstaaten und die Säkularisierung fast aller geistlichen Herrschaften zugunsten der von Frankreich enteigneten Fürsten. Der dritte Koalitionskrieg, den Napoleon jetzt als Kaiser führte, ging ebenfalls verloren, woraufhin im Frieden von Preßburg (15. Dezember 1805) die österreichischen Teile des Breisgaus dem neuen (seit 1803) Kurfürstentum Baden zugeteilt wurden.

Wie sich diese Ereignisse auf die drei Orte ausgewirkt haben, darüber fehlen uns weitgehend die Einzelheiten. Allerdings sind allenthalben die Anzeichen der Verarmung und Verschuldung nicht zu übersehen, vor allem gegen Ende des Jahrhunderts. Das traurige Schicksal des Carl Wilhelm Bury aus Königschaffhausen, der sich mit Frau und 12 Kindern als reisender Krämer durchschlug, zwischen 1766 und 1785 Frau und 11 Kinder verlor und schließlich elend starb, scheint kein Einzelfall gewesen zu sein (das letzte Kind, ein Mädchen, wurde übrigens im Hause des Grenadiers Wolf in Pirmasens erzogen). Es mehren sich auch die Vergantungen von Landflüchtigen wie des Schuhmachers Sebastian Meier aus Königschaffhausen, der unter Hinterlassung von Schulden aus den markgräflichen Landen geflohen war. Auch die Bevormundung von sogenannten Übelhausern nimmt zu. Verschul-

dung bei Eichstetter Juden wird gerügt. Daß das Werberunwesen in voller Blüte stand bezeugen etliche Quellen. Es scheint keineswegs selten gewesen zu sein, daß junge Männer aus eigenem Antrieb oder mit Nachhilfe in den Dienst einer auswärtigen Macht traten, woraufhin die Obrigkeit sofort deren Vermögen einziehen ließ. Gelegentlich ist auch die Rede von Männern, die sich gegen Entgelt an Stelle eines ausgehobenen Rekruten einziehen ließen. Wer fliehen konnte, floh, wohl vorzugsweise wieder in die Schweiz, wie es die Klosterfrauen von Wonnental um 1796 taten. Und stellvertretend für die zahlreich ums Leben gekommenen sei Konrad Vetter von Amoltern genannt, der als Landsturmmann am 25. April 1800 in den Reben bei Achkarren von Franzosen erschlagen wurde. Sein Fall ist dadurch aktenkundig geworden, daß die österreichischen Landstände der Witwe, die sich mit zwei kleinen Kindern durchschlagen mußte, eine Pension aussetzten.

Neuorganisation der Verwaltung

Im Jahre 1805 fand sich die ehemalige Markgrafschaft, seit 1803 Kurfürstentum und soeben zum Großherzogtum erhoben, trotz aller territorialen Verluste, dank des rechtzeitig erreichten guten Einvernehmens mit Frankreich, auf der Gewinnerseite. Die Säkularisationen hatten dem Land einen großen Zugewinn eingebracht. Dazu gehörte im Kaiserstuhl die seit 1368 österreichische Landgrafschaft Breisgau, nämlich alle ritterschaftlichen Orte, die Obervogteiämter Kenzingen und Waldkirch, die Vogtei über die Klöster Tennenbach und Wonnental und verschiedene einzelne Orte. Es galt nun, die neu erworbenen Herrschaften in ein allgemeines Organisationssystem einzupassen, wobei allgemein die bisher im Altbadi-schen üblichen Verhältnisse zugrundegelegt wurden. Als erstes mußte das Staatsgebiet neu organisiert werden. Baden begann damit bereits im Jahre 1803, das damals angewandte Organisationsschema bildete auch die Grundlage der 1806 fälligen Neugliederung (inzwischen waren auch die letzten geistlichen Territorien, die des Deutsch- und des Johanniterordens, säkularisiert worden). Offenbar nicht genug durchdacht oder durch Neuerwerbungen überholt, mußte die Bezirkseinteilung vom 22.7.1807 bereits im Oktober des gleichen Jahres wieder berichtigt werden. Erst die Neuorganisation von 1809, verbunden mit den Ergänzungen von 1810 und 1813, hat dann zu etwas geführt, was einige Zeit Bestand haben sollte. Insgesamt wirkt die Verwaltungsneuorganisation zwischen 1803 und 1810 ziemlich undurchsichtig, was auf die häufigen Berichtigungen und Änderungen zurückzuführen ist, die man in Einzelfällen schon einen Monat nach der letzten Verfügung vornehmen konnte.

Dies trifft auch auf das Hochbergische Gebiet zu, wo zunächst die bestehenden Oberämter übernommen wurden und eine Änderung erst 1809 erfolgte. Von den drei Orten blieb Königschaffhausen einstweilen beim Oberamt Hochberg/Emmendingen, während Amoltern und Kiechlinsbergen spätestens 1807 dem neu zusammengestellten Oberamt Kenzingen zugeteilt wurden. Als 1809 die Oberämter durch Bezirksämter ersetzt wurden, kamen alle drei Orte an das neugeschaffene Bezirksamt Endingen, das bis 1819 bestand. Nach seiner Aufhebung gelangten Königschaffhausen und Kiechlinsbergen an das Bezirksamt Breisach, Amoltern kam zum Bezirksamt Kenzingen und nach dessen Aufhebung 1872 zum Bezirksamt Emmendingen. Dort fanden sich 1924 auch die restlichen Gemeinden des aufgehobenen Bezirksamtes Breisach wieder. Bei der Neueinteilung von 1936 blieben Amoltern und Königschaffhausen bei Emmendingen und gingen mit diesem 1938 in dem neugeschaffenen gleichnamigen Landkreis auf. Kiechlinsbergen hingegen wurde dem Bezirksamt Freiburg zugeteilt

und kam mit diesem 1938 zum Landkreis Freiburg, bei dem der Ort bis zur Verwaltungsreform verblieben ist.

Gleichzeitig mit der Neuorganisation auf der oberen Ebene begann man sofort nach 1805, auch die verschiedenen Rechtsverhältnisse auf Gemeindeebene zu regeln, zumal auch die bisher in den Landrechten festgehaltenen Bestimmungen den veränderten Zeiten angepaßt werden mußten. Letztmals hatten die Regierungen in der Markgrafschaft Baden wie in Vorderösterreich dazu in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts neue Verordnungen erlassen. In Baden hatte die Commun-Ordnung vom 29.10.1760 die Stellung der Oberämter weiter gefestigt. Ihnen wurde die Bestätigung des nunmehr von der Gemeindeversammlung gewählten Vogtes ebenso übertragen wie die Abhaltung der wenig später eingeführten Rüggerichte. Ähnliche Tendenzen hatten die unter Kaiserin Maria Theresia nach 1752 vorgenommenen Reformen gehabt. So war die 1807 erfolgte Angleichung der verschiedenen Gemeindeverfassungen kein sonderlich schmerzhafter Eingriff — die Gemeinsamkeiten waren zu groß. Das Konstitutionsedikt vom 14. Juli 1807 beseitigte daher nur die Reste des gelegentlich noch vorhandenen Ortsgerichtes, reduzierte die Zahl der Richter entsprechend der Einwohnerzahl auf einen repräsentativen Personenkreis und führte allgemein den Titel Vogt für den Ortsvorsteher ein. Entsprechend dem altbadischen Vorbild wurden also die vielleicht noch vorhandenen genossenschaftlichen Elemente weiter zurückgedrängt und die Gemeinden stärker unter die Vormundschaft des Staates gestellt.

Das Gesetz vom 26. November 1809 entstand dagegen bereits unter dem sich immer stärker aufdrängenden französischen Einfluß, unter dem sich in Baden zentralistische Tendenzen zu regen begannen. Dieses und die anschließenden Gesetze und Verordnungen stärkten vor allem die Stellung des Vogtes als eines Unterbeauftragten der Regierung. Ihm wurden zunehmend hoheitliche und Überwachungsaufgaben zugeteilt, während die eigentliche Gemeinde immer weiter in den Hintergrund trat. Den Ort verwaltete jetzt ein Gemeinderat, dessen Mitglieder noch als Richter bezeichnet wurden, die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung war auf genau festgesetzte Angelegenheiten beschränkt worden. In größeren Gemeinden war die letztere durch einen Bürgerausschuß ersetzt worden, dessen Mitglieder allerdings noch von der Gemeindeversammlung gewählt wurden. Alle Geschäfte der Gemeinde bedurften der Zustimmung des Staates. Als Folge kam es, da die Bürger die repräsentative Demokratie wenig schätzten und ihren Vertretern nur bedingt vertrauten, überall zu Unruhen. Daraufhin wurden 1821 überall Bürgerausschüsse eingeführt.

Einen Abschluß fanden alle diese Maßnahmen in der Gemeindeordnung vom 31.12.1831, die darüber hinaus neue Bestimmungen einführte. Jetzt erst war endgültig die Gleichstellung zwischen Stadt und Land und allen Arten von Bürgern vollzogen. Die Wahl der Gemeindebeamten wurde den Bürgern übertragen, allerdings mußte der Ortsvorsteher, jetzt Bürgermeister genannt, von der Regierung bestätigt werden. Die Amtszeit der Ortsbehörden wurde neu geregelt: Bürgermeister und Gemeinderat wurden auf 6, der Bürgerausschuß auf 4 Jahre bestellt, wobei der Gemeinderat sich alle 2 Jahre um ein Drittel zu erneuern hatte. Endgültig eingeführt wurde das Amt des Ratschreibers, dessen Besetzung noch 1809 in das Belieben der Gemeinden gestellt gewesen war und dessen Pflichten auch der jeweilige Schulmeister hatte wahrnehmen können. Ratschreiber und Gemeinderechner, letzterer ein Nachfolger des altbadischen Heimbürgers, wurden auf unbestimmte Zeit angestellt. Diesem Gesetz, dessen wichtigstes Ergebnis war, daß es die Staatsvormundschaft über die Gemeinden durch eine Staatsaufsicht ersetzte, folgten bis zum Ende des Großherzogtums im Jahre 1918 noch zahlreiche andere, die aber kaum wesentliche Änderungen erbrachten. Zu erwähnen wäre

noch, daß 1858 die kleinen Bürgerausschüsse abgeschafft, 1896 wieder eingeführt wurden. Zudem wurden die Amtszeiten, auch die Besoldungen der Ortsbehörden immer wieder neu geregelt.

Von Ausnahmen abgesehen, wird man davon ausgehen dürfen, daß bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts die Ortsvorgesetzten keine feste Besoldung bezogen haben. Ihr Einkommen bestand weitgehend aus Naturaleinkünften, daneben genossen sie Sonderrechte, wie die Fronfreiheit und die Weidefreiheit für eine bestimmte Anzahl von Schweinen im Äckerich. Erst 1760 wird in den altbadischen Landen angeregt, daß die Ortsvorgesetzten eine „angemessene Besoldung“ erhalten sollten. Dies galt nicht für die Richter, die auch noch 1809 nur die ihnen zustehenden Gebühren erhalten sollten. Erst die Gemeindeordnung von 1831 schrieb feste Geldbesoldungen vor, wenigstens für den Bürgermeister, denn der Gemeinderat arbeitete im allgemeinen ehrenamtlich. Nicht vorgeschrieben werden konnte die Obergrenze dieser Besoldung, da diese sich nach der finanziellen Leistungskraft der jeweiligen Gemeinde richtete.

Die Unterschiede zwischen den drei Orten werden denn auch hier deutlich sichtbar. Nach 1831 wurden alle drei durch einen Bürgermeister, drei Gemeinderäte und einen vierköpfigen Bürgerausschuß verwaltet. Um 1850 wies Amoltern einen Gemeinderat von 3 Personen auf, während der kleine Bürgerausschuß 4, der große 18 Personen umfaßte.

Das Gehalt des Bürgermeisters betrug nach der Erhöhung von 1855 40 fl. jährlich, die Gemeinderäte bezogen je 2 1/2 fl. Der Bürgerausschuß arbeitet überall ehrenamtlich. Das Grundgehalt des Ratschreibers kam nach 1868 auf 5 fl. jährlich zu stehen, mit Gebühren und Spesen kam er insgesamt auf etwa 40 fl. Die Gemeinde beschäftigte ferner je einen Polizeidiener, Nachtwächter, Wald- und Feldhüter, Waisenrichter, eine Hebamme und einen Leichenschauer. Zehn Bürger waren als Ehrenbannwarte verpflichtet. Sie besoldete einen Lehrer mit jährlich 96 fl. 15 xer. Zu ihrem Besitz zählten Gebäude (Schulhaus, Rathaus und der daran angebaute Bürgerarrest) im Werte von 975 fl. und ein Vermögen von 5008 fl. Sämtliche Kriegsschulden waren bezahlt.

In Königschaffhausen walteten neben dem Bürgermeister 4 Gemeinderäte, der kleine Bürgerausschuß zählte 4, der große 24 Personen. Das Gehalt des Bürgermeisters betrug 1850 20 fl. jährlich, es wurde bis 1864 auf 25 fl., 1868 auf 100 fl. erhöht, 1911 betrug es 400 M. Die Gemeinderäte arbeiteten noch 1911 ehrenamtlich. Der Rechner bezog 35 fl., die damals auf 37 fl., 1862 auf 50 fl. erhöht wurden (1903 200 M., 1911 240 M.). Der Ratschreiber erhielt 15 fl., die 1862 auf 25 fl. erhöht wurden; 1896 waren es 45 M., die damals auf 130 M, 1911 auf 400 M. erhöht wurden. Die Gemeinde besoldete ferner 2 Polizeidiener, 4 Nachtwächter, 1 Feld- und Waldhüter und die Hebamme. Waisenrichter und Leichenschauer lebten weiterhin von ihren Gebühren und der Landwirtschaft. Diese Ausgaben summierten sich um 1850 jährlich auf 252 fl., wozu noch das Gehalt des Lehrers in Höhe von 335 fl. kam. Die Gemeinde besaß Gebäude (Rathaus mit Feuerspritzenremise, Schulhaus, Bürgerarrest, 2 Armenhäuser und ein Wachthaus) im Wert von 3525 fl. und Liegenschaften im Wert von 12.485 fl., wozu noch 1122 fl. angelegte Kapitalien kamen.

Kiechlinsbergen wies 1850 die gleiche Zahl an Gemeinderäten und Bürgerausschußmitgliedern auf wie Königschaffhausen, erst 1870 wurde der Gemeinderat auf 6 Personen erhöht. Das Gehalt des Bürgermeisters betrug zunächst 65 fl. jährlich, die Gemeinderäte bezogen je 4 fl. Dem Rechner standen 80 fl. zu, die 1859 auf 50 fl. ermäßigt wurden, dem Ratschreiber 12 fl., 1853 auf 22 fl., 1861 auf 35 fl. erhöht. Bedienstete der Gemeinde waren je 2 Polizeidiener, Nachtwächter und Waldhüter, je 1 Feldhüter, Straßenwart, Fleischbe-

schauer und 1 Hebamme. Ein Waisenrichter und der Leichenschauer lebten von den anfallenden Gebühren. Alle zusammen kosteten die Gemeinde um 1850 jährlich 172 fl., wozu noch der Beitrag zum Gehalt von Haupt- und Unterlehrer in Höhe von 136,33 fl. kam. Das Gemeindevermögen bestand aus Gebäuden (Rathaus, Schulhaus und Feuerspritzenremise) im Wert von 1825 fl. und Liegenschaften im Wert von 8020 fl.

Ablösung der alten Abgaben – Übernahme neuer Aufgaben

Alle drei Gemeinden waren mit einer ziemlichen Schuldenlast beladen. Abgesehen von den Kriegsfolgen hing dies unter anderem damit zusammen, daß die großherzogliche Regierung gleich nach 1805 damit begonnen hatte, sich von übernommenen Lasten zu befreien, zumal sie einige neue hatte auf sich nehmen müssen, denen sie sich nicht entziehen konnte. Dabei bildeten die Pensionen, welche den Insassen aufgelöster Klöster zu zahlen waren, zwar einen größeren Posten, ermäßigten sich jedoch mit dem allmählichen Ableben der Begünstigten. Dauerhaft zu bezahlen waren die Pfarrer, soweit sie nicht von anderen Patronatsherren unterhalten wurden. Dies traf bei keiner der drei Gemeinden zu. In Königschaffhausen bezog der Pfarrer sein Gehalt seit Menschengedenken von der geistlichen Verwaltung Hachberg in Nimburg, in Amoltern und Kiechlinsbergen aber waren die Pfarreien den Klöstern Wonnental und Tennenbach inkorporiert gewesen und mußten nach deren Aufhebung neu ausgestattet werden. Für Kiechlinsbergen geschah dies am 29. April 1809 rückwirkend zum 23. April 1807. Dem Pfarrer wurde ein Gehalt von jährlich 700 fl. ausgesetzt, das er in einer Mischung von Naturalien und Geld erhielt und das im Laufe des Jahrhunderts immer mehr auf Geld umgestellt wurde.

Eine Last stellten zum Beispiel die herrschaftlichen Gebäude dar, welche dem Großherzog durch die Säkularisierung zugefallen waren. Ihr Unterhalt war kostspielig und ihr Nutzen gering. Von den drei Gemeinden betraf dieser Punkt allein Kiechlinsbergen. Das dortige Amtshaus war zuletzt der Mittelpunkt der Tennenbacher Statthaltereie gewesen. Es wurde 1806 noch von zwei Patres bewohnt, dem Statthalter P. Alexander Wilhelm und P. Nepomuk Hiener, der den Pfarrdienst in Kiechlinsbergen versah. Das Personal bestand aus einem Küfer, einem Schaffner, der aber in Endingen wohnte, einem Knecht, einem Roßbuben, einer Köchin und 2 Mägden. Man löste das Problem zunächst dadurch, daß man P. Wilhelm eine Pfarrstelle besorgte, P. Hiener zum ersten Pfarrer am Ort nach der Neustiftung ernannte und das Haus zum Mittelpunkt einer 1807 errichteten Gefällverwaltung machte, die 1812 in eine Domänenverwaltung für das Oberamt Endingen umgewandelt wurde. Diese wurde 1820 mit der aufgelösten Domänenverwaltung Wasenweiler zusammengelegt und 1839 durch die Verlegung nach Breisach aufgehoben. Das Haus selbst verkaufte die Domänenverwaltung Breisach 1840 um 10.400 fl. an Marquard Huber, der 1858 als Freiherr Huber von Gleichenstein in den Adelsstand erhoben wurde und von 1854-1860 den Wahlbezirk Breisach im Badischen Landtag vertrat. Später ist ein häufiger Besitzerwechsel zu verzeichnen, ein Teil des Gebäudes wurde als Pfarrhaus genutzt. Das Hauptgebäude erwarb 1915 der Dichter Karl Wolfskehl, dessen Nachkommen es heute noch besitzen.

Die Ablösungen des 19. Jahrhunderts scheinen mit der Einschränkung der Frondienste 1808 begonnen zu haben, die, mit Ausnahmen, 1831 abgelöst wurden. Die Herrenfronen beseitigte ein Gesetz vom 28.12.1831, sie galten mit dem 1.1.1832 als aufgehoben. Die Allodifikationen, Überführung des örtlichen Lehenbesitzes in das Eigentum der Einwohner,

regelten Gesetze vom 5.10.1820 ff. Die Zehntablösung schließlich geht auf das Gesetz vom 15.11.1833 zurück, sie war bis 1838 freiwillig, während die Neubruch- und Blutzehnten durch das Gesetz vom 28.12.1831 für aufgehoben erklärt wurden. Dies waren nur die wichtigsten der alten Aufgaben gewesen. Daneben gab es noch eine Reihe kleinerer Belastungen, deren Ablösung darauf abzielte, sie auf die Gemeinde zu übertragen. Dies galt vom Armenwesen bis zur Vatertierhaltung.

Auch in den drei Gemeinden sind diese Abgaben der Reihe nach abgelöst worden. In Amoltern wurden 1824 sämtliche der Landesherrschaft als Besitznachfolgerin des Klosters Wonnental gehörigen Einkünfte verzeichnet und die Ablösungskapitalien berechnet, so daß die endgültige Ablösung wohl in den folgenden Jahren erfolgt ist. Die Fronrechte der Grundherrschaft von Wittenbach wurden 1832/35 abgelöst, über die Ablösung der Zehnten liefen die Verhandlungen seit 1834. Der Anteil der Pfarrei wurde in den Jahren 1839/44 abgelöst. Der Vertrag zwischen dem Domänenärar und der Gemeinde datiert vom 31.3.1851. Die Ablösungssumme betrug 5.601,50 fl., wovon die Staatskasse 1/5 übernahm. Der letzte Zehntbezug hatte 1837 stattgefunden. Die Wucherstierhaltung schließlich löste die Gemeinde 1839 mit 1800 fl. beim Domänenfiskus ab.

In Kiechlinsbergen übernahm die Gemeinde bereits 1808 die Haltung des Wucherstiers. Die Ablösung der Herrenfronen erfolgte zwischen 1821 und 1834, die der Fronsurrogate durch den Vertrag vom 4.11. 1832 mit 568 fl. Die Fasnachtswecken, welche die Schulkinder in Kiechlinsbergen und Königschaffhausen jeweils auf Fasnacht erhalten hatten, wurden 1838 letztmals verteilt und durch die Verträge vom 10.4. (Königschaffhausen) und 12.5. 1840 (Kiechlinsbergen) mit 102,40 fl. abgelöst. Die Korrespondenz über die Ablösung der Zehnten geht bis auf das Jahr 1835 zurück, seit 1840 wurde auch die Ablösung der Zehntbaulasten diskutiert. Der eigentliche Ablösungsvertrag zwischen dem Domänenärar und der Gemeinde datiert vom 9.4.1851. Als Ablösungssumme für den Großen und Weinzehnten wurden 20.648,48 fl. festgelegt, wovon die Staatskasse 1/5 übernahm. Die Summe sollte in fünf Raten abbezahlt werden mit einer Verzinsung von 5 % ab 1.1.1838, nachdem letztmals im Jahre 1837 der Zehnte bezogen worden war. Zugleich wurden auch die auf dem Zehnten ruhenden Baulasten abgelöst. Das Domänenärar hatte bisher die Baupflicht an Langhaus, Chor, Sakristei, Paramentenkammer und Umfassungsmauer der Kirche gehabt. Dafür wurde die Ablösungssumme auf 4420,48 fl. festgelegt, wovon das Domänenärar 3378,17 fl., die Kirchspielgemeinde 1042,31 fl. zu entrichten hatte.

In Königschaffhausen schließlich wurden zwischen 1806 und 1808 die herrschaftlichen, von Kloster Wonnental herrührenden Güter verkauft. Die Herrenfronen löste man auf Grund des Vertrags vom 30.3.1834 ab. Die Korrespondenz über die Ablösung der Zehnten begann 1834, diese erfolgte im allgemeinen erst um die Mitte des Jahrhunderts, wenigstens was die Zehntanteile der Pfarrei Sasbach, der Münsterpräsenz Freiburg und den Schulzehnten betraf. Mit dem Domänenärar kam unter dem 24.9.1844 ein Ablösungsvertrag zustande, der die Summe für den Großzehnten auf 19.581,30 fl., für den Weinzehnten auf 18.720,40 fl. festsetzte. Auch hier waren die ausstehenden Kapitalien rückwirkend vom 1.1.1838 an mit 5 % zu verzinsen.

Die Folge der Ablösungen und verwandter Maßnahmen war, zumal den Gemeinden im Laufe der Zeit von Seiten der Ämter immer neue kostspielige Pflichten aufgebürdet wurden, zunächst einmal eine ziemliche Verschuldung sowohl der Gemeinde wie der Bürger. Zudem war durch den Übergang der bisher herrschaftlichen Güter in Privathand ein eventuell noch bestehendes Teilungsverbot gegenstandslos geworden, was dazu führte, daß große Höfe in

immer kleinere Parzellen zerteilt wurden. Ein Teil der Landbevölkerung konnte daher ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus der Landwirtschaft bestreiten, alternative Erwerbsmöglichkeiten waren nicht in Sicht. Folge war eine schon früh einsetzende und teilweise beträchtliche Auswanderung. Hier muß allerdings unterschieden werden zwischen echter Auswanderung und dem ebenfalls als Auswanderung bezeichneten Wegzug in die nähere oder weitere (Elsaß, Lothringen) Umgebung, der meist mit einer Heirat verbunden war. Während aus Amoltern zwischen 1852 und 1860 20 Personen, zwischen 1863 und 1882 8 und zwischen 1882 und 1892 weitere 6 Personen nach Amerika ausgewandert sind, hatte diese Entwicklung in den beiden anderen Orten schon früher eingesetzt. Zwischen 1827 und 1860 wanderten aus Kiechlinsbergen mindestens 59 Personen nach Amerika aus, denen bis 1899 nochmals etwa 60 bis 70 weitere folgten. Vier Personen waren 1834 nach Polen verzogen. Königschaffhausen verließen zwischen 1833 und 1863 48 Einwohner, um nach Amerika zu ziehen, denen in den Jahren zwischen 1864 und 1893 nochmals etwa ebensoviele folgten. Auch aus diesem Dorf war 1833/34 eine Person nach Polen gegangen.

Der Abzug einer so großen Zahl von Einwohnern bedeutete einerseits einen ziemlichen Aderlaß. In Amoltern sank die Einwohnerzahl, auch auf Grund von Wegzug in die umliegenden Städte, überwiegend nach Endingen, zwischen 1853 und 1890 von 422 auf 311, in Kiechlinsbergen zwischen 1850/51 und 1890 von 1036 auf 720. Lediglich Königschaffhausen wies eine geringere Abnahme auf (die Einwohnerzahl betrug dort 1855 und 1890 jeweils 928, nachdem sie zeitweise stark abgesunken war), was auf die große Zahl der dort beschäftigten Dienstboten (und deren zahlreiche, häufig uneheliche Kinder) zurückzuführen ist. Andererseits bewahrte der Wegzug der Habenichtse die Gemeinden vor größeren Ausgaben, da sie hinfert für die Unterbringung und Verpflegung ihrer Ortsarmen zuständig waren. In Kiechlinsbergen nahmen erst gegen 1857 sowohl der Haus- und Straßenbettel wie die Zahl der Vollstreckungen und Verpfändungen merkbar ab.

Alle diese Neuerungen hatten zur Folge, daß sich eine allgemeine Unzufriedenheit breit-zumachen begann, als deren Ergebnis die badische Revolution von 1848/49 anzusehen ist. Auch im Kaiserstuhlgebiet haben sich Bürger und Gemeinden daran beteiligt. Der Gemeinderat von Königschaffhausen mußte „revolutionsbedingt“ im August 1849 ausgewechselt werden. Ob auch der Bürgermeister, dessen Amt in jenem Jahr auslief, betroffen war, müßte noch ermittelt werden, ebenso die Haltung des Ratschreibers, der 1848 verstarb. Lediglich der Gemeinderechner scheint unbeteiligt geblieben zu sein. Über die Haltung der Kiechlinsberger zu diesen Ereignissen verlautet nichts, wogegen der Kenzinger Bezirksamtman 1855 von Amoltern berichtet, daß „der früher politisch verkommene Ort“ gegenwärtig ruhig sei, was vermuten läßt, daß auch die Bürger dieser Gemeinde revolutionäre Gedanken vertreten hatten.

Über das Leben am Ort geben die nach 1850 einsetzenden Ortsbereisungsakten Auskunft. Daß der Amtsvorstand die ihm unterstellten Dörfer besuchte, war schon seit längerem üblich, diese Sitte begann spätestens mit der Einführung der Rüggerichte. Diese, im 18. Jahrhundert in unregelmäßigen Abständen abgehalten, bestanden nach 1805 zwar weiter — durch die Rüggerichtsordnung vom 3.10.1811 wurden sie sogar noch bestätigt — es findet sich dazu jedoch seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts kaum mehr etwas in den Akten, so daß man annehmen darf, daß sie de facto in Abgang gekommen sind. Zumindest in der Form waren sie durch die neue Gesetzgebung überholt, so daß ein Erlaß vom 11.12.1849 ihre Abhaltung freigab und der Gemeinde überließ. Dafür wurde angeordnet, daß die Amtsvorstände in bestimmten zeitlichen Abständen die Orte ihres Bezirkes aufsuchen und sich

dabei ein umfassendes Bild von den dortigen Zuständen machen sollten. Bei diesen Anlässen konnten sie ihnen notwendig scheinende Maßnahmen anordnen, auch stand es jedem Einwohner frei, sich mit Beschwerden direkt an die Obrigkeit zu wenden. Damit war endgültig das Ende der Rüggerichte gekommen.

Die drei Orte im Spiegel der Ortsbereisungsakten – Verhältnisse um 1850

Den Ortsbereisungen voraus ging eine allgemeine Aufnahme des Ortes, von der Einwohnerzahl bis zu den wirtschaftlichen Zuständen, die dazu bestimmt war, dem Amtmann eine Vorinformation zu liefern. Aber auch uns Heutigen vermitteln diese statistischen Notizen noch einen guten Eindruck von den Dörfern des 19. Jahrhunderts.

Von den drei Dörfern war Amoltern (Gemarkung zuletzt 241 ha) das kleinste. Es umfaßte um 1850 92 Wohngebäude und zählte 422 Einwohner, darunter Pfarrer und Lehrer, 78 Bürger und 9 Bürgerswitwen. Das Einkaufsrecht in das Bürgerrecht betrug 33,54 fl., die Gemeindegasse erhielt 3 fl. und der Neubürger war verpflichtet, einen Feurereimer anzuschaffen. Ein Bürgernutzen an Allmenden, Gabholz und Weiden war nicht vorhanden, so daß sich der Zuzug von Außerhalb in engen Grenzen hielt. Die Wasserversorgung erfolgte über mehrere Brunnen, die Feuerspritze war im gemeinsamen Besitz der Gemeinden Amoltern und Kiechlingsbergen (und stand an letzterem Ort, was ständige Beschwerden nach sich zog, da sie im Brandfall nicht schnell genug eingesetzt werden konnte).

Amoltern war nach wie vor Sitz einer Pfarrei, alle Einwohner waren katholisch. Kirche und Pfarrhaus befanden sich im besten Zustand, die Baupflicht hatte ein Kirchenfond, der damals (zusammen mit dem Baulastenfond) 12 924,52 fl. enthielt. Der Pfarrer gab nicht nur den Religionsunterricht, sondern saß auch im Ortsschulrat und im Armenrat. An der örtlichen Volksschule unterrichtete ein Hauptlehrer 52 Kinder, er unterstand dem Ortsschulrat, dessen Aufsicht Pfarrer und Bürgermeister hatten. Der zuständige Bezirksschulinspektor saß in Kenzingen. Der Lehrer bezog jährlich ein Gehalt von 96,15 fl. von der Gemeinde und von jedem Bürger 1/2 Sester Mischfrucht und 1 Stutzen Wein.

Die Gemeinde hatte inzwischen alle alten Abgaben abgelöst, war allerdings noch mit 2692,55 fl. Zehntablösungskapitalien und weiteren 2000 fl. Schulden belastet. Sie bezog ihre Einnahmen aus der Verpachtung von Liegenschaften, dem Verkauf von Holz, aus Umlagen und Gebühren, wie dem Einkaufsrecht in das Bürgerrecht. Zu ihren Ausgaben, zu denen Aufwendungen für die Instandhaltung der Brunnen und Straßen, Gebühren, Gehälter etc. zählten, ist auch der Armenaufwand zu rechnen. Damals wurden 15 Ortsarme mit Naturalien und Geld unterstützt, nachdem die Gemeinde bereits in den vergangenen 20 Jahren aus eigenen Mitteln und denen des Armenfonds auswanderungswillige Personen unterstützt hatte.

Die Einwohnerschaft lebte, wie in den beiden anderen Orten auch, ausschließlich von der Landwirtschaft. Die Ackerfläche machte mit 290 J (86 1/2 ha) 45 %, die Rebfläche mit 70 J (knapp 21 ha) 11 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus, während 32 % der Gemarkung mit Wald bestanden waren (203 J entspricht ca. 61 ha). Allmenden und Ödungen waren mit 52 J (15 1/2 ha) unbedeutend. Bis zum Beginn des Jahrhunderts war noch eine größere Fläche Ackerlandes auf Gemarkung Königschaffhausen mitbewirtschaftet worden, mit welcher Gemeinde Amoltern auch lange Zeit einen gemeinsamen Weidgang gehabt hatte. Die Lage des Ortes in dem engen Tal machte allerdings die Bewirtschaftung schwierig, da jeder Regenguß die Hänge abschwemmte. Um die Mitte des Jahrhun-

derts war man offenbar bereits zu Obstbau in größerem Ausmaß übergegangen, da die Notizen erwähnen, daß das gesamte Tal mit Obstbäumen bestanden sei. Es gab allerdings keine Baumschule am Ort. Sämtliche Waren wurden, soweit sie nicht der Eigenversorgung dienten, in Endingen abgesetzt. Das Handwerk war gering vertreten, aber alle Handwerker, ausgenommen einen, hatten den Meisterbrief. Sie betrieben nebenher noch Landwirtschaft, da das Gewerbe allein kein Auskommen bot. Auch der Viehbestand war unbedeutend und diente so gut wie ausschließlich der Selbstversorgung. Die Einwohner hielten 27 Pferde, 70 Kühe und 40 Ochsen, 40 Schweine, 15 Schafe und 60 Ziegen, letzteres ein Hinweis auf die nicht allzu rosige ökonomische Lage. Die Gemeinde unterhielt den Wucherstier. Es gab zwei Wirtschaften am Ort, die „Sonne“ und den „Rebstock“, keinen landwirtschaftlichen Verein und keine Sparkasse.

Etwas anders stellen sich die Verhältnisse in Kiechlinsbergen dar (Gemarkung zuletzt 476 ha). Hier lebten 1036 Einwohner, darunter 174 Bürger, in 179 Wohngebäuden. Für die Aufnahme ins Bürgerrecht waren 11,30 fl. zu entrichten, ein „Ausländer“ zahlte 23 fl., Bürgernutzen war keiner vorhanden.

Sämtliche Einwohner waren katholisch, eine Pfarrei bestand nach wie vor. Die Baupflicht an Kirche und Pfarrhaus oblag der Gemeinde, welche den Kirchenfonds (14 202,51 fl.) und den diesem zugewiesenen Baulastfonds (3 966,47 fl.) verwaltete. Aus diesen finanzierte sie die Beschaffung von Paramenten u.ä. und bestritt die Kosten für Bau und Unterhalt von Langhaus, Chor und Sakristei der Pfarrkirche. Anlässlich von notwendigen Baumaßnahmen hatte die Kirchspielgemeinde, die sich auf den Ort Kiechlinsbergen beschränkte, Hand- und Fuhrfronen zu leisten, sie bezahlte zudem die Brandversicherungsbeiträge.

An der örtlichen Schule unterrichteten ein Haupt- und ein Unterlehrer 148 Kinder. Beide erhielten zusammen jährlich 335 fl., wozu die Gemeindekasse 136,33 fl. beitrug. Es gab ein Schulhaus, für dessen Unterhalt die Gemeinde zuständig war, und einen Schulfonds in Höhe von 1068,3 fl., aus dem arme Schulkinder durch die Anschaffung von „Schulrequisiten“ und anderem Benötigten unterstützt wurden.

Die Gemeinde hatte inzwischen alle alten Abgaben abgelöst, dennoch war sie mit 10 875,35 fl. verschuldet. Sie bezog Einnahmen aus der Verpachtung von Liegenschaften (1 1/2 Mg Acker, 1 1/2 Mg Wiesen, 8 Mg Wald), aus Gebühren, Umlagen und Vorausbeiträgen der Bürger auf das Steueraufkommen. Die Jagd war gegen 18 fl. jährlich verpachtet. Die Ausgaben überstiegen im allgemeinen die Einnahmen (1853 Einnahmen 2591,2 fl. — Ausgaben 3408,15 fl.), wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Gemeinde im allgemeinen Ausstände von zum Teil beträchtlicher Höhe (1850/51: 6 306, 31 fl) hatte. Neben dem Kirchen- und Schulfonds verwaltete sie auch einen Armenfonds, der damals 7795,25 fl. enthielt und aus dem Arme und Kranke unterstützt wurden, von denen es damals 12 gab.

Auch hier bildete die Landwirtschaft die Haupterwerbsquelle der Einwohner, selbst das Gewerbe war ausschließlich darauf ausgerichtet. Fabriken, Bergwerke u.ä. gab es nicht. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche bestand zu 23 1/2 % (203 J = ca. 60 1/2 ha) aus Ackerland und zu 17 % (150 J = knapp 45 ha) aus Rebland, 55,7 % (480 J = 144 ha) waren mit Wald bestanden. Infolge der topographischen Lage des Ortes, der auf drei Seiten von Abhängen umgeben ist, war Ackerbau fast nur im Tal möglich, zumindest lagen dort die ertragreicheren Felder. Dementsprechend differierten die Grundstückspreise zwischen 40 und 800 fl. für den Morgen. Wer es sich also leisten konnte, besaß zusätzliches Ackerfeld auf den benachbarten Gemarkungen. Eine herausragende Rolle kam dem Weinbau zu, dessen Erzeugnis als gut bezeichnet wird. Auch der Obstbau gedieh und ergab „vorzügliches Obst

jeder Art". Die wenigen Wiesen (12 J = 3 1/2 ha) lagen im Tal entlang dem Dorfbach, durch den sie auch bewässert wurden. Sie können kaum für die Viehzucht ausgereicht haben (die Gemeinde unterhielt zwei Farren, d.h. Zuchtbullen), so daß wohl auch hier mit Zupacht zu rechnen ist. An Vieh gab es damals 40 Pferde, 105 Kühe, 50 Ochsen, 150 Schweine und 20 Schafe, sowie einen Esel und allerlei Geflügel. Zwei Einwohner befassten sich mit der Bienenzucht. Der Verkehr ging ausschließlich in Richtung Endingen, wo auch die landwirtschaftlichen Erzeugnisse abgesetzt wurden. Zwei Wirtschaften, „Stube“ und „Adler“ wurden offenbar wenig besucht.

Wieder ein wenig verschieden war Königschaffhausen (Gemarkung zuletzt 572 ha). Es zählte 978 Einwohner in 167 Wohngebäuden. Zuständige Pfarrei war Leiselheim, das Dorf verfügte jedoch über eine eigene Kirche, wenn auch über keinen Kirchenfonds. Bereits 1851 gab es hier 2 Katholiken, die vermutlich von Kiechlinsbergen mitversorgt wurden.

An der örtlichen Schule unterrichteten ein Haupt- und ein Unterlehrer 160 Kinder, Ortschaftsinspektor war der in Leiselheim sitzende Pfarrer. Deren Gehälter, insgesamt 335 fl., zahlte die Gemeinde, die auch den Schulfonds (1200 fl.) verwaltete. Aus diesem wurde das Schulgeld für arme Kinder bezahlt, für die auch Schulbücher angeschafft wurden. Die Baupflicht für das Schulhaus oblag der Gemeinde.

Auch hier nahm die Gemeinde jährlich um einiges weniger ein, als sie ausgab (Einnahmen um 1851 auf 800 bis 1000 fl. geschätzt, Ausgaben auf 1800 bis 2000 fl.), wobei jedoch mit einer größeren Summe an Ausständen zu rechnen ist. Zudem verfügte die Gemeinde über Rücklagen, hatte keine Schulden und selbst die Zehntablösungskapitalien waren vollständig abgetragen. Sie besaß neben den Gebäuden Äcker, 1/2 Mg Wiesen und 36 Mg Wald und bezog Gebühren aus der Jagdpacht, bedurfte aber zur Finanzierung ihrer Aufgaben der Umlagen in wechselnder Höhe. Auch hier war kein Bürgernutzen vorhanden. Neben dem Schulfonds verwaltete die Gemeinde noch einen Armenfonds (2000 fl), ihre Armenlasten betragen durchschnittlich 240 fl. pro Jahr. Gelegentlich wurden daraus Auswanderungswillige unterstützt, allerdings scheinen die meisten über genügend eigene Mittel verfügt zu haben. Zu- und Abwanderung hielten sich die Waage: während seit 1844 80 bis 90 Personen ausgewandert waren, hatte man in den letzten 20 Jahren 101 Ortsfremde ins Bürgerrecht aufgenommen. Inzwischen stabilisierten sich auch die ökonomischen Verhältnisse wieder etwas.

Außer der Landwirtschaft und etwas Gewerbe gab es keine Erwerbsmöglichkeiten. Dabei herrschte der Ackerbau vor, bei allerdings bedeutendem Weinbau. Sämtliche Landprodukte wurden in Endingen abgesetzt. Auch Königschaffhausen verfügte über keinen Markt, keine Sparkasse, Baumschule etc., auch landwirtschaftliche Vereine gab es damals noch nicht. Unter den drei Dörfern war es allerdings das einzige, welches die Brandversicherung bereits eingeführt hatte, in die sich bisher sechs Einwohner eingeschrieben hatten (1864 waren es bereits 42). Vieh war zahlreich vertreten, wenn man bedenkt, daß die Gemeinde so gut wie keine Wiesen hatte. Man zählte damals 68 Pferde, 120 Kühe, 110 Ochsen, 170 Schweine, 160 Schafe und 10 Ziegen. Die Gemeinde hielt drei Farren. Es gab zahlreiches Geflügel verschiedenster Art, einige Einwohner beschäftigten sich mit etwas Bienenzucht. Den Feierabendtrunk konnte man in der „Stube“, „Post“, dem „Löwen“ und dem „Ochsen“ einnehmen.

Veränderungen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts – Landwirtschaft, Viehzucht

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich an der überlieferten Struktur der drei Orte wenig geändert und wenn, dann im allgemeinen als Auswirkung einer obrigkeitlichen Anordnung. Den Haupterwerb fast aller Einwohner bildete nach wie vor die Landwirtschaft, jedoch konnten immer weniger Leute auskömmlich davon leben. Dies und eine erhebliche Verschuldung, die meist noch auf die vergangenen Kriegszeiten zurückzuführen ist, hatten zu den bereits erwähnten Auswanderungswellen geführt. Einer der Gründe war das aufgehobene Teilungsverbot, was dazu führte, daß die letzten großen Güter bis in kleinste Parzellen unterteilt werden konnten. Dazu kam eine weitgehende Erschöpfung des Bodens, der damit nicht mehr den bisherigen Ertrag bzw. genügend Ertrag für eine steigende Zahl von Einwohnern brachte, was man zunächst durch den Anbau von Klee und Esparsette, später mit Hilfe von Kunstdünger zu beheben versuchte. Der Anbau von Futterkräutern war auch deshalb notwendig, weil inzwischen überall die Stallfütterung eingeführt worden war, verbunden mit dem Verbot der früher üblichen Frühjahrs-, Herbst- und Nachtweiden. Die Waldweide, schon in früheren Jahrhunderten zugunsten der Nutzholzerzeugung eingeschränkt (Äckerich), war schon vorher eingestellt worden. Es herrschte allgemeiner Wiesenmangel, den die Bewohner von Kiechlinsbergen und Königschaffhausen, nicht jedoch die von Amoltern durch Zupacht auf benachbarten Gemarkungen etwas beheben konnten. Allerdings war auch der Futterbau nicht immer ausreichend, wie gelegentliche Klagen bezeugen. Folge der Stallfütterung war im allgemeinen der Übergang von der Viehhaltung zur Viehzucht. In dieser Hinsicht wurde von den drei Dörfern bald Königschaffhausen die größte Viehzüchtermgemeinde, wobei sich die Zucht zunächst auf Rindvieh konzentrierte. Bereits 1856 wurden drei Farren gehalten, spätestens seit 1884 vier, wobei die Farrenhaltung zunächst verpachtet war und erst 1897 in Eigenregie übernommen wurde. Anfangs wurde überwiegend Vieh verkauft, gegen Ende des Jahrhunderts ging man dann zur Milchwirtschaft über. Seit etwa 1899 gab es am Ort eine Käserei, welche einen Teil der Milch verwertete, der Rest wurde nach Freiburg geliefert. Der Milchertrag konnte ständig gesteigert werden, 1910 wurden 239.900 l, 1912 273.300 l jährlich, also täglich 800 l, geliefert, womit die Gemeinde 1913 hinsichtlich der Milcherzeugung an der Spitze der Gemeinden des Bezirksamtes stand. Dann allerdings ging die Produktion kriegsbedingt etwas zurück. Im Gegensatz dazu war die Rinderzucht in Amoltern durch den Wiesenmangel sehr erschwert, was sich an der Zahl der Tiere ablesen läßt (1850: 111, 1913: 142). Heu und Öhmd mußten also angekauft werden, wobei den Bauern immer wieder die hohen Futterpreise zu schaffen machten. Es wurde zunächst ein Farren gehalten, nach 1910 kam ein zweiter hinzu, der aber nach dem Krieg wieder abgeschafft wurde. Das Vieh wurde auf den umliegenden Märkten ge- und verkauft, vor dem Ersten Weltkrieg auch häufig von den Eichstetter Juden bezogen. Trotz der ungünstigen Umstände konnte der Bezirksamtman 1870 bemerkenswerte Fortschritte feststellen, was er in Anbetracht von nur 6 Mg Wiesen auf der Gemarkung besonders anerkennenswert fand. Auch in Kiechlinsbergen erschwerte zunächst der Mangel an Futterkräutern eine rentable Viehzucht. Aber um die Mitte des Jahrhunderts konnten zwei Farren gehalten werden und die Rindviehzahlen stiegen (1850/51: 155, 1868: 267). Eine Viehversicherungskasse zur Förderung der Rindviehzucht, die 1863 ins Leben gerufen worden war, war die erste Unternehmung dieser Art in den drei Dörfern. In Königschaffhausen wurde erst 1888 ein Viehversicherungsverein gegründet,

Amoltern folgte 1891. Dazu kam 1903 in Königschaffhausen noch eine Zuchtgenossenschaft, bis 1931 in Amoltern eine Milchgenossenschaft.

Neben dem Rindvieh wurden an allen drei Orten Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde gehalten, auch hier dominierte Königschaffhausen. Während die Schweinezucht hier noch 1856 als unbedeutend bezeichnet wird, nahm auch in dieser Hinsicht das Dorf 1872 unter den Amtsgemeinden eine Sonderstellung ein. Es unterhielt einen Eber, der gegen 30 fl. jährlich bei einem Landwirt untergestellt war. Um 1898 zählte man durchschnittlich 16 Zuchtschweine. Damals richtete Johann Jakob Hasler eine Zuchtschweinestation ein, die 1901 mit 519 Schweinen besetzt war und als recht erfolgreich geschildert wird. Wenig später verlagerte sich der Schwerpunkt von der Zucht auf die Schweinemast. Der Absatz erfolgte am Ort und in den umliegenden Dörfern. In den beiden anderen Orten diente die Schweinehaltung anscheinend im wesentlichen der Selbstversorgung. In Amoltern wurden 1850 40, 1912 184 Schweine gezählt, in Kiechlinsbergen 1850 150, 1870 191, in beiden Orten wurde kein Eber gehalten. In Amoltern erklärte man 1888 dem Bezirksamtman, die Zucht lohne nicht und sei wegen der häufigen Krankheiten zu gefährlich. Auch die sonstige Viehhaltung war allgemein nicht bedeutend. In Königschaffhausen gab es 1856 eine kleine Schafherde, den Hirten unterhielt die Gemeinde. Immerhin gab es 1884 noch einen Schafbock am Ort, 1898 noch einen Schäfer. Danach ist von Schafhaltung kaum mehr die Rede, bis 1925 war sie völlig bedeutungslos geworden. Dies trifft für die beiden anderen Dörfer schon vorher zu: in Amoltern gab es 1850 15 Schafe, in Kiechlinsbergen zwischen 1850 und 1870 durchschnittlich 20. Ein wenig anders stand es um die Ziegenhaltung, da an jedem Ort eine bestimmte Anzahl ärmerer Einwohner darauf angewiesen war. Königschaffhausen, wo 1901 64, 1910 103 und 1915 136 Tiere gehalten wurden, verfügte 1884 über einen Ziegenbock, der Halter dachte 1907 an die Anschaffung eines zweiten. In Amoltern verzeichnete man 1850 60, 1912 51 Ziegen, spätestens 1904 hatte auch diese Gemeinde einen Bock angeschafft. In Kiechlinsbergen schließlich scheint es bis zur Jahrhundertmitte überhaupt keine Ziegen gegeben zu haben, erst 1861 gab es 66 Stück, deren Zahl bis 1870 auf 30 abnahm. Pferde schließlich finden sich überall, wenn auch eine eigentliche Zucht zunächst nirgends üblich war. Königschaffhausen verfügte 1901 über 79 Pferde, der Hengst wurde auf der Beschälstation Sasbach aufgesucht. Ein 1900 gegründeter Pferdeversicherungsverein, der damals 70 Mitglieder hatte, scheint die Zucht in der folgenden Zeit maßgeblich beeinflusst zu haben, immerhin wurden 1913 zwei private Hengste gehalten. Die Zahl der Pferde hielt sich , mit einer Unterbrechung durch den Ersten Weltkrieg, bei etwa 84 (noch 1925). In Amoltern dagegen wurden 1850 und 1912 je 27 Pferde gezählt. In Kiechlinsbergen wird die Pferdezucht, zu welcher 1858 drei Stuten zur Verfügung gestanden hatten, als unbedeutend bezeichnet (1868: 74, 1870: 68). Dagegen spricht allerdings die Gründung eines Ortspferdeversicherungsvereins im Jahre 1924. Der Tierarzt kam gewöhnlich aus Forchheim oder Endingen, vorübergehend saß um die Mitte des 19. Jahrhunderts auch in Königschaffhausen ein Tierarzt, der gleichzeitig als Fleischbeschauer amtierte. Zuständige Wasenmeisterei war Teningen.

Acker-, Reb- und Obstbau

Die Landwirtschaft bewegte sich zunächst noch in den alten Bahnen. Angebaut wurden die üblichen Getreidesorten, meist Dinkel und Roggen. Erst seit der zweiten Hälfte des

Jahrhunderts kam der Weizen auf, der schließlich den Dinkel verdrängte. Gerste findet sich vermehrt, nachdem seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts überall kleine und größere Brauereien entstanden waren. Man hielt sich grundsätzlich noch an die Dreifelderwirtschaft, aber der Bracheinbau zugunsten von Futterpflanzen und – seit dem 18. Jahrhundert – Kartoffeln, war längst üblich geworden. Kartoffeln finden sich jetzt gelegentlich auch unter dem Getreide. Abgesetzt wurden die Landprodukte überwiegend in Endingen, aber auch auf anderen Märkten bis hin nach Freiburg. Insgesamt reichte der Getreide- und Hackfruchtbau, der zudem immer wieder unter Mißjahren zu leiden hatte, letztlich nicht aus, so daß das gesamte Jahrhundert auch in landwirtschaftlicher Hinsicht von der Suche nach neuen Anbau- und Verdienstmöglichkeiten geprägt war. Nachdem man sich zunächst mit Handelsgewächsen befaßt hatte (Zuckerrüben 1894 in Königschaffhausen), machte man um 1875 in Königschaffhausen den Versuch, Tabak anzupflanzen, was sich insgesamt nicht bewährte. Immerhin waren noch 1913 30 a mit Tabak bestanden. Ein um 1890 aufgekommener Plan, hier eine Zigarrenfabrik zu errichten, ist bald wieder aufgegeben worden. Schließlich wandte man sich verstärkt dem Wein- und Obstbau zu, so daß der eigentliche Ackerbau bis um 1900 fast nur noch der Selbstversorgung diente, wenn man von Gerste und Kartoffeln absieht.

Der Weinbau, überwiegend auf Weißwein konzentriert, nahm in den folgenden Jahren fast monokulturartige Züge an, was sich natürlich anläßlich von Mißernten und Rebkrankheiten auswirkte und, wie 1888 von Amoltern berichtet, zur Verschuldung bei den umwohnenden Juden führte. Auch in Kiechlinsbergen war 1853 nach Meinung des Bezirksamtmanns der Wein das einzige Zahlungsmittel. Man war jedoch ständig bestrebt, das Erzeugnis zu verbessern. In Kiechlinsbergen kam dabei dem Gutsbesitzer Huber eine besondere Rolle zu, da er durch den Anbau von Riesling und Clevner in den 1850er Jahren seine Mitwinzer zur Nachahmung anregte. Die Weine, allgemein von mittlerer Qualität, scheinen gut gegangen zu sein. Aus Königschaffhausen wurde zwischen 1927 und 1929 sogar ein zuvor dem dortigen Geschmack angepaßter, „mundgerecht“ gemachter Wein nach Berlin geliefert. Später wurde das Erzeugnis in Freiburg abgesetzt oder ins Württembergische verkauft. Schlechte Jahrgänge (1928 soll dem Amolterer Pfarrer nach einer Probe seines Kompetenzweins der Stoßseufzer „Oh vinum Amolterunum!“ entfahren sein) wurden zum Verschneiden nach Endingen gebracht.

Neben dem Weinbau gewann der Obstbau immer mehr an Bedeutung, er übertraf diesen schließlich sogar. Aus früheren Jahrhunderten ist darüber wenig bekannt, vor allem weiß man nicht, ob eine eigentliche Obstkultur betrieben worden ist. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts jedenfalls hatte der Obstbau einen ziemlich hohen Stand erreicht. Überall gab es Obstpflanzungen, die, von kundigen Besitzern betreut und veredelt, guten Ertrag brachten. Keiner der drei Orte hatte damals eine Baumschule, die jedoch anscheinend auch nicht gebraucht wurde. Erst 1884 konnte sich Königschaffhausen entschließen, eine solche anzulegen. Ursprünglich waren alle möglichen Sorten, wohl überwiegend Äpfel, kultiviert worden. Wann die Kirsche zum wichtigsten Obst geworden ist, weiß man nicht, jedenfalls dominierte sie bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts, daneben kommen noch etwas Steinobst (Zwetschgen) und Äpfel vor. Die Kirschenernte aus den drei Orten ergab 1893 4082 Zentner, daneben wurden noch 1800 Zentner Zwetschgen erzeugt. Auch hier scheint Königschaffhausen bald die führende Rolle übernommen zu haben. In der Gemeinde waren

1875 bereits neun Ankäufer tätig und allenthalben klagte man über fehlendes Hilfspersonal. Ein Obstdörrapparat wurde 1901 angeschafft. Der Absatz erfolgte zunächst in der weiteren Umgebung. Der Wunsch, die leichtverderbliche Ware auch über weitere Strecken transportieren zu können, hat letztlich (mit) zum Bau der Kaiserstuhlbahn geführt. Seither ging der Kirschenabsatz überwiegend nach Freiburg. Um den Verkauf besser organisieren zu können, war bereits 1888 in Königschaffhausen ein Konsum- und Absatzverein entstanden, 1910 erhielt der Ort einen Kirschenmarkt, der in den Zwanziger Jahren im Hof und Schopf des Gasthofes „Adler“ abgehalten wurde.

Handwerk und Gewerbe

Das alte, bis 1862 gültig gewesene, wenn auch seit 1800 ständig ausgehöhlte Zunftrecht hatte vor allem die Zahl der örtlichen Handwerker eingeschränkt. Es hatte auch zur Folge gehabt, daß sich bestimmte Gewerbe im Dorf nicht niederlassen konnten, falls der jeweilige Amtmann es excessiv anwendete. Einen solchen Fall hatte es in Königschaffhausen 1775/79 gegeben, als ein vermöglicher Goldschmied, der ein Mädchen aus dem Ort geheiratet hatte, um das örtliche Bürgerrecht nachsuchte. Infolge des Widerstandes des damaligen Oberamtmanns Schlosser konnte er erst 1777 wenigstens als Hintersasse aufgenommen werden. Dieses Zunftrecht war nun durch das Gewerbegesetz abgelöst worden. In der Folge nahm die Zahl der Handwerker und Gewerbetreibenden immer mehr zu, allerdings konnten diese meist nicht auf eine kleine Nebenlandwirtschaft verzichten. Dabei finden sich in Amoltern noch am ehesten die herkömmlichen Berufe, so 1878 drei Maurer, je zwei Küfer und Schuster, ein Schreiner und zwei Wirte. Bis 1910 hatte sich auch ein Fruchthändler etabliert. In Kiechlinsbergen gab es nach Auskunft des Bezirksamtmanns 1850/51 nur Gewerbe, das mit der Landwirtschaft verbunden war. Wenig später (1857) finden sich hier schon drei Metzger und ein Bäcker, zwei Krämer, die auch Salz verkauften und die Inhaber von zwei Realwirtschaften. Das waren sicherlich nicht alle, eine Übersicht von 1859 ist da genauer, sie führt auf: neun Weber, acht Maurer, je sechs Schneider und Schuster, je drei Krämer, Küfer, Schmiede und Weinhändler, je zwei Bäcker, Metzger, Ölmüller, Steinhauer, Wagner, Wirte und Zimmerleute, sowie ein Maler. Darüber hinaus saßen am Ort noch drei konzessionierte Handelsleute. Am zahlreichsten scheinen die Handwerker und Gewerbetreibenden in Königschaffhausen gewesen zu sein. Dort gab es 1856 einige Bäcker, die aber ihr Brot aus Endingen bezogen und es lediglich verkauften. Bessere Auskunft gibt das Wählerverzeichnis von 1898. Ihm zufolge lebten damals am Ort, neben 107 Landwirten sieben Schuster, je drei Bäcker, Wagner, Weinhändler, Schneider und Zimmerleute, je zwei Schreiner, Kaufleute, Weber, Sattler und Küfer sowie je ein Korbmacher, Barbier, Schmied, Schäfer, Schlosser, Gärtner, Maler, Blechner und Öler, sowie eine steigende Anzahl von Wirten. Denn die meisten Wirtschaften sind erst nach 1800 entstanden, wenn auch nicht jeder, der dann um eine Konzession einkam, eine solche erhielt. Ursprünglich hatte es, wie fast überall üblich, auch in jedem der drei Dörfer nur die gemeindeeigene „Stube“ gegeben. Diese machte in Königschaffhausen noch 1856 den besten Umsatz, obwohl inzwischen drei weitere Wirtschaften hinzugekommen waren. Deren Zahl nahm gegen Ende des Jahrhunderts weiter zu, als auch „Adler“ und „Rößle“ genehmigt wurden. In Amoltern finden sich um die Jahrhundertmitte die beiden heute noch bestehenden Wirtschaften „Sonne“ und „Rebstock“, deren Inhaber sich damals nicht nur im üblichen Sinne Konkurrenz machten (in der „Sonne“ tagte zeitweise die Gemeindeversammlung, dafür hatte später der „Rebstock“ die

erste Telephonstelle im Ort). Eine Zeitlang belebten sie auch das politische Leben, da sie sich zu verschiedenen Richtungen bekannten. In Kiechlinsbergen war anscheinend schon im 18. Jahrhundert zur „Stube“ der herrschaftseigene „Adler“ hinzugekommen. Nach Ansicht des Bezirksamtmannes waren beide in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts wenig besucht, was aber in gewisser Hinsicht wenig besagt, da gleichzeitig Klagen über Zechgelage in „Winkelwirtschaften“ laut wurden. Der „Adler“, ursprünglich an anderer Stelle errichtet, wurde 1928 nach einem Besitzerwechsel in das Gebäude der 1927 aufgegebenen Zigarrenfabrik verlegt.

Neben Landwirtschaft und Handwerk boten sich wenig andere Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Einige Arbeitsplätze gab es bei den Gemeinden, welche Straßenwarte, Feld- und Waldhüter und Polizeidiener anstellten. Gelegentlich beschäftigten sie auch Arbeiter im Taglohn. Ein solcher Tagelöhner verdiente 1900 in Amoltern zwischen 1,80 und 2,50 M täglich, eine Frau zwischen 1 und 2 M, je nachdem, ob es sich um Sommer- oder Winterarbeit handelte. Verhältnismäßig neu waren auch die 1898 in Königschaffhausen erwähnten Stellen des Briefträgers und des Stationsvorstehers. Industriebetriebe gab es wenige. Das spätere Basaltwerk Kaiserstuhl beschäftigte 1913 5 bis 6, 1922 15 Arbeiter, bis es als Folge von Familienstreitigkeiten stillgelegt wurde. Seit 1902 bestand in Kiechlinsbergen eine Zigarrenfabrik der Firma Biermann & Co. in Dinglingen. Sie wurde 1928 wegen Unrentabilität aufgegeben, in die Gebäude zog das Gasthaus „Adler“ ein. Auch einem erneuten Anlauf, 1938 durch den Stumpfenfabrikanten Johann Kautz in Denzlingen unternommen, war kein langes Leben beschieden. Erst nach 1900 lassen sich die ersten Auspendler nach Emmendingen und Endingen feststellen. Und die ersten Ansätze des Fremdenverkehrs finden sich 1922 in Amoltern.

Verkehr

Die Entwicklung auf dem Gebiet von Wirtschaft und Handel mußte vor allem Verbesserungen der Verkehrswege zur Folge haben. Dabei wurden weniger neue Straßen angelegt als die bestehenden ausgebaut und verbessert. Ein Beispiel ist die Straße von Königschaffhausen nach Endingen, ein alter Verkehrsweg, auf dem schon in früheren Jahrhunderten die Landprodukte auf den Markt gebracht worden waren. Sie gewann nun, als Zugang zum Markt in Endingen wie zu den nördlicher gelegenen Arbeitsorten eine größere Bedeutung, die sich an den an ihr aufgereihten Wirtschaften ablesen läßt. Auch der in sie einmündende Fahrweg von Amoltern her wird 1885 als schmal, aber gut unterhalten geschildert. Wichtiger wurde jedoch die Verbindung nach Süden, genauer, nach Freiburg. Einmal, weil diese Stadt über bessere Absatzmöglichkeiten verfügte und von dort aus alle möglichen Orte schneller erreicht werden konnten, zum andern, weil sich hier eine Infrastruktur findet, welche sich die Kaiserstuhlgemeinden nicht leisten konnten, Krankenhäuser zum Beispiel. Zumindest von Königschaffhausen ist bekannt, daß seit dem 19. Jahrhundert die dortigen Frauen ihre Kinder gerne in Freiburg zur Welt brachten. Die wichtigste neue Einrichtung im Verkehrswesen ist daher die Eisenbahn gewesen, genauer, die Kaiserstuhlbahn. Das Projekt ist etwa seit den 1850er Jahren diskutiert worden. Um 1865 finden sich verschiedentlich Bemühungen einzelner Gemeinden des Amtes Emmendingen, eine Güterstation in Denzlingen zu erhalten. Die Stadt Endingen brachte schon 1861 eine Petition ein, der sich eine Anzahl von umliegenden Gemeinden

anschloß. Zur Bildung eines Eisenbahncomitées kam es jedoch erst 1872, offenbar im Anschluß an eine Bezirksamtssitzung in Königschaffhausen vom 10. Februar 1872. Bis zur Ausführung verging dann noch etliche Zeit, was wohl auch damit zusammenhing, daß niemand die Folgekosten zu überblicken vermochte. Unbekannt ist derzeit, wann beschlossen wurde, daß Königschaffhausen einen Bahnhof erhalten sollte, der schließlich für Amoltern, Kiechlinsbergen und Leiselheim zuständig war. Jedenfalls beschloß der dortige Gemeinderat am 9. März 1881, einen Beitrag von 800 Mark zu geben, ein Beschluß, den er in den folgenden Jahren noch öfter korrigieren mußte. Die endgültigen Kosten sind schwer zu ermitteln, es müssen aber über 10.000 Mark gewesen sein, welche zumindest die Gemeinde Königschaffhausen in Raten aufnahm. Von einem Darlehen in Höhe von 42.000 Mark ist die Rede, das bei der Allgemeinen Versorgungsanstalt in Karlsruhe mit 4 % zu verzinsen war. Am 24.4.1882 wurde die Abtretung von Gelände für den Eisenbahnbau beschlossen, im März 1894, nachdem die Vorarbeiten weitgehend abgeschlossen worden waren, die Pläne aufgelegt. Zwischenzeitlich war 1886 auch die Gemeinde Kiechlinsbergen für das Projekt gewonnen worden, die sich 1890 mit zunächst 6.000 Mark beteiligte. Die erste Teilstrecke Gottenheim—Endingen wurde am 15. Dezember 1894 feierlich übergeben, nachdem die Eröffnungsfahrt schon zwei Tage vorher stattgefunden hatte. Es verkehrte zunächst ein Zug. Dieser verließ um 9 Uhr Endingen und fuhr über Riegel, Bahlingen, Nimburg, Eichstetten und Bötzingen nach Gottenheim, wo er um 10.45 Uhr eintraf. Die Rückfahrt begann dort um 11 Uhr, um 16.40 war man wieder in Endingen. Kaum ein Jahr später war auch die Verlängerung nach Freiburg fertiggestellt. Die Eröffnungsfahrt scheint am 28. September 1895 stattgefunden zu haben, wenigstens nahm an jenem Tag der Großherzog persönlich an der Fahrt teil. Aus Anlaß dieses ungewöhnlichen Ereignisses erließ das Bezirksamt genaue Verhaltensvorschriften, die den mit Bahnhöfen versehenen Gemeinden zuzugingen, so auch Königschaffhausen.

An jenem großen Tag dürfte sich die gesamte Einwohnerschaft auf dem festlich geschmückten Bahnhof versammelt haben. Auf dem Bahnsteig nahmen zu beiden Seiten des Stationsgebäudes Vereine, Einwohner und Schuljugend Aufstellung, der Zugang zum Wartesaal blieb frei. In diesem erwarteten der Bürgermeister, der zu diesem Zwecke die Amtskette angelegt hatte, zusammen mit Gemeinderat, Ortsgeistlichem, Lehrern, Ratschreiber und Gemeinderechner sowie den Vereinsvorständen den hohen Gast. Dieser verließ an jeder Station den Zug und ließ sich den Bürgermeister vorstellen, der nun eine kurze Ansprache hielt (auf die Kürze dieser Rede hatte das Bezirksamt besonders hingewiesen), „aber ohne ein ‘Hoch’ auf denselben“ und anschließend die versammelten Honoratioren vorstellte. Nun wurde ein Ehrentränk gereicht, danach begrüßte der Fürst die Vereine und die Schuljugend, ein kleines Mädchen überreichte einen Blumenstrauß. Schließlich verließ der Zug, nachdem der Bürgermeister ein „Hoch“ auf den Großherzog ausgebracht hatte, unter Böllerschießen und Glockengeläut den Bahnhof. Dem feierlichen Akt waren in Königschaffhausen handfeste Streitigkeiten vorausgegangen. Der damalige Bürgermeister hatte der Baugesellschaft, welche den Bahnhof erstellte, versprochen, Wasser kostenlos zu liefern, wenn diese im Gegenzug eine Waage installieren würde, die man mit Wägen befahren könne. Da dies die Gemeindevasserversorgung ziemlich belastete, kam es zu einer Anfrage im Gemeinderat, woraufhin der Bürgermeister den Fragesteller als einen in der ganzen Gemeinde bekannten Grobian bezeichnete, sich damit eine Anzeige einhandelte und in der Folge sein Amt niederlegte. Differenzen gab es auch sonst immer wieder einmal. Schon im November 1895 reichten die Reservegeleise nicht aus, was sich bei der Kirschenernte bemerkbar machte. Ein Jahr spä-

ter beschwerte sich die Gemeinde bei der Bahnverwaltung in Riegel wegen ungleichmäßiger Abfertigung, wodurch sie Verluste erlitten hatte. Immerhin wurden die Kirschen damals einerseits bis ins Schweizer Oberland, andererseits bis nach Hamburg geliefert. Der Personenverkehr auf der Kaiserstuhlbahn war übrigens von Beginn an unbedeutend. Um 1930 wurde nochmals eine Erweiterung der Gleisanlagen diskutiert, die jedoch anscheinend nicht zustande gekommen ist, weil die Gemeinde kein Land mehr abtreten wollte. Was den sonstigen Verkehr angeht, so ist erwähnenswert, daß das Bezirksamt Emmendingen bereits 1906 Erhebungen über durch den Automobilbetrieb verursachte Schäden veranlaßte.

Armenwesen

Entsprechend den wirtschaftlichen Voraussetzungen in den Dörfern änderten sich auch Sozialstatus und Vermögensverhältnisse der Einwohner. Denn seit dem Bürgerrechtsgesetz vom 31.12.1831 waren die Unterschiede zwischen Bürgern und Hintersassen aufgehoben. Spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts war dabei die Armenfürsorge auf die Gemeinden übertragen worden. Obwohl zumindest die Einwohner von Kiechlinsbergen und Königschaffhausen überwiegend als begütert anzusehen sind, gab es in allen Gemeinden einen bestimmten Prozentsatz armer Leute, was sich auch an der Zahl der gehaltenen Ziegen und dem Vorkommen bestimmter Berufe, wie der des Webers ablesen läßt. Dazu ist bis um die Mitte des Jahrhunderts immer wieder Straßenbettel festzustellen, den die Gemeinden zu unterbinden verpflichtet waren. Zur Unterstützung der Armen gab es überall den sogenannten Armenfonds oder das Almosen. Zusätzlich konnte man sich noch an überörtliche Stiftungen wenden, so an die Luisenstiftung, welche in Not geratene Familien unterstützte und deren Fonds durch die Gemeinden des Amtsbezirks Kenzingen und durch Spenden aufgebracht wurde, die Erbgroßherzog Friedrich-Stiftung für bedürftige Kinder oder die Leopoldstiftung, deren Fonds im wesentlichen auf gleiche Weise zusammengesetzt waren. Da die örtlichen Fonds zumals in der ersten Hälfte des Jahrhunderts häufig nicht ausreichten – abgesehen von den schon angeführten Ursachen hatte um 1846 eine große Teuerung zu weiterer Verarmung geführt – finden sich auch immer wieder Stiftungen vermögender Ortseinwohner. In Königschaffhausen (über die dortigen Verhältnisse ist man am besten unterrichtet) entstand so 1823 ein Fonds zur Unterstützung armer wandernder Handwerksburschen, 1828 gab die Witwe des Johann Jenne 15 fl. zum Ankauf von Büchern für bedürftige Schulkinder, um 1849 Katharina Haßler 200 fl. zur Anschaffung von Konfirmationskleidern für zwei Kinder, welche Stiftung ihr Vater, Ochsenwirt Johann Jakob Haßler um 400 fl. vermehrte. Sollte es keine bedürftigen Konfirmandinnen geben, so sollten die Zinsen an arme Ortsangehörige, vorzugsweise an alte Dienstboten fallen. Weitere 500 fl. stiftete Gustav Hüglin 1873. Alle diese Gelder wurden schließlich im Schulfonds zusammengefaßt. Unter den reinen Armenstiftungen ist vor allem die von Altbürgermeister Christian Henninger zu nennen (+ 19.6.1868), der 1000 fl. gegeben hatte. Die Zinsen sollten, laut seinem Testament vom 3.9.1867, verwendet werden wie folgt: aus 300 fl. waren die Zinsen am Sterbetag an arme, gebrechliche Gemeindeangehörige zu verteilen, aus 400 fl. an brave Knechte und Mägde, die länger als drei Jahre bei ihrer Herrschaft ausgeharrt hatten. Die Zinsen schließlich aus 300 fl. sollten Gemeinderat, Bürgerausschuß und Ratschreiber an seinem Sterbetag im Stubenwirthshaus verzehren. Vorausgegangen waren die Stiftungen von Altbürgermeister Michael Henninger, dessen Schenkung vom 3.12.1853 200 fl. betragen hatte, deren Zinsen an Weihnachten an 8 bis 10 Ortsarme zu verteilen waren und der

Anna Maria Haßler, Witwe des Alt-Stubenwirtes Jakob Haßler. Sie hatte in ihrem Testament vom April 1858 der Gemeinde 100 fl. vermacht, deren Zinsen an vier bis fünf arme Waisen zu verteilen waren. Schließlich bestimmte noch das Testament des Johann Jakob Hofert alt vom 22.3.1866 (er selbst starb am 5.5.1877), daß aus einem Kapital von 900 fl. an seinem Todestag die Zinsen an evangelische Arme und die Kleinkinderschule ausgezahlt werden sollten. Die Gemeinde verfügte also über einen ausreichenden Fonds. Arme und Bedürftige brachte sie zunächst in der Hälfte des Hirtenhauses unter, 1852 erwarb sie das danebenstehende Haus zu einem weiteren Armenhaus. Bis zum Ende des Jahrhunderts unterstützte sie laufend bis zu 20 Personen, teils mit Zuschüssen zu den Lebenshaltungskosten, teils durch kostenlose Unterbringung im Armenhaus. Vor allem letzteres scheint großzügig gehandhabt worden zu sein, da mindestens einmal nachzuweisen ist, daß Leute darin wohnten, die es gar nicht nötig gehabt hätten und natürlich ausziehen mußten, als es herauskam. In Amoltern versorgte die Gemeinde um 1851 15 Personen, 1888 waren es gerade noch fünf. Infolgedessen konnte der Armenfonds etwas anwachsen, er betrug 1889 4075 fl. Die Summe erhöhte sich, als 1902 durch das Testament des verstorbenen Pfarrers Falk 2000 fl. an das Almosen fielen. Man versuchte hier auch, den Armen Arbeit zu verschaffen, so 1873 durch Vermittlung an den Freiburger Fabrikanten Reißler. Auch in Kiechlinsbergen, das über einen stattlichen Armenfonds verfügte (1859: 7239 fl., 1867: 8217 fl.), gingen die Belastungen immer weiter zurück. Der Ort hatte 1840 auch von der Stiftung des Dekans und Stadtpfarrers zu Breisach, Pantaleon Rosman, profitiert, der einen Betrag zur Einrichtung oder Verbesserung von Schulen an sämtliche katholischen Gemeinden des Amtsbezirks gestiftet hatte, wovon auf Kiechlinsbergen 50 fl. entfielen. Aus diesem Betrag, zu dem die Gemeinde die gleiche Summe hinzufügen sollte, waren Schulrequisiten und notwendige Kleidungsstücke für arme Schulkinder zu beschaffen. Obwohl alle diese Stiftungen Bedürftigen zugute kamen, ist doch eine klare Trennung in Schul- und Armenfonds durchgeführt worden. Die Armenfonds trugen Mietkosten, aus ihnen wurden Kleider und Schuhe beschafft, Arzt- und Arzneikosten, auch Beerdigungskosten wurden bezahlt. Alle drei Gemeinden hatten einen Vertrag mit einem Endinger Arzt, der seine Pflichten als Armenarzt gegen ein sogenanntes Aversum verrichtete, dies betrug 1870 für Königshausen 15 fl., 1857 für Kiechlinsbergen 22 fl. Die Verwaltung dieser Gelder erfolgte durch einen Stiftungsrat, dem der jeweilige Bürgermeister vorsah und dem auch der Ortspfarrer angehörte. Ein sogenannter Armenrechner, häufig identisch mit dem Gemeinderechner, kümmerte sich um die Finanzen. Diese Fonds haben sich im allgemeinen bis ins 20. Jahrhundert gehalten, sind jedoch durch die Inflation entwertet, spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg aufgehoben worden (Kiechlinsbergen 8.11.1943). Die noch vorhandenen Gelder wurden der Gemeindekasse zugeführt.

Ärztliche Versorgung

Die ärztliche Versorgung der Einwohner war in früheren Zeiten vor allem durch den örtlichen Bader erfolgt, jedoch finden sich schon früh auch Hebammen, die sicherlich über ihr eigentliches Fach hinaus gelegentlich ärztliche Hilfe geleistet haben. Seit dem 18. Jahrhundert unterhielt die markgräfliche Verwaltung sogenannte Landphysici, die herangezogen werden konnten und ihren Wohnort meist am Sitz des Bezirksamtes hatten. Daneben finden sich immer wieder sogenannte Chirurgen, wohl die besser ausgebildeten Nachfolger der Bader. Auch hier brachte das 19. Jahrhundert Veränderungen. Es konnten sich vermehrt Ärzte niederlassen, jedoch taten sie dies, wie größtenteils noch heute, lieber in

den Städten als auf dem Land. Königschaffhausen verfügte zwar 1856 über einen praktischen Arzt, dieser hatte jedoch keine große Praxis, weil die Leute auswärtige Ärzte bevorzugten, wie die Ortsbereisungen feststellen. Er scheint bald darauf weggezogen zu sein. Künftig holte man den Arzt wie die Medikamente in Endingen, wo auch ein Krankenhaus stand. Im Ernstfall zog es jedoch wenigstens die Königschaffhauser bevorzugt in das Freiburger Diakonissenhaus. Zu verbessern war die häusliche Krankenpflege, worüber sich im Laufe des Jahrhunderts alle drei Gemeinden Gedanken machten. Allgemein wurde die Anstellung einer Landkrankenpflegerin diskutiert. Zum Tragen kamen die Pläne jedoch erst im 20. Jahrhundert. Königschaffhausen hatte 1913 eine solche Pflegerin, die, nach dessen Gründung im Mai 1914, weitgehend vom Frauenverein unterstützt wurde, während die Gemeinde für die Wohnungskosten aufkam. In den 1920er Jahren war dies eine Diakonisse aus Freiburg, seit 1931 eine solche aus Nonnenweier. Amoltern konnte sich noch 1911 aus Geldmangel keine Krankenschwester leisten. Dafür gab es damals dort eine Sanitätskolonne, die unter der Leitung eines Endinger Arztes stand. Bis 1926 hatte sich daran nichts geändert. In Kiechlinsbergen versorgte bis in die 70er Jahre unseres Jahrhunderts eine weltliche Schwester die Kranken. Ihr Unterhalt wurde teils von der Gemeinde, teils über Umlagen aufgebracht.

Wirtschaftliche Verhältnisse

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts finden sich nur noch wenige Arme am Ort. Die Mehrzahl der Einwohner war wohlhabend, wobei dies jedoch in Relation zu den örtlichen Gegebenheiten zu setzen ist. Am besten ging es den Einwohnern von Königschaffhausen, wo der Bezirksamtman schon 1856 feststellte, daß die ökonomischen Verhältnisse der Einwohner die besten seines Bezirkes seien. Es gab hier so gut wie keine Vollstreckungen und Pfändungen, ein Trend, der mit kleineren Unterbrechungen anhielt. Hier gab es auch die meisten Dienstboten. Anlässlich der Ortsbereisung von 1875 wird berichtet, es gäbe keine bessere (= reichere) Gemeinde im Land. Die Leute seien teils wohlhabend, teils reich, dabei tüchtig, sparsam und friedliebend – Attribute, die auch den Bewohnern der beiden anderen Dörfer zukamen, ohne daß damit das gleiche Resultat erreicht wurde. Obwohl immer wieder eine Abwanderung gerade von begüterten Einwohnern in die Städte zu verzeichnen ist – so zogen 1871 einige gutsituierte Familien nach Freiburg und nahmen ein Vermögen von 1 Million Gulden mit, was ein leichtes Absinken der Grundstückspreise zu Folge hatte, änderte sich im Grunde wenig. Nicht einmal der Erste Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise am Ende der 1920 Jahre haben, trotz vorübergehender Einbrüche, dauerhafte Folgen gehabt. Da sich der Wohlstand auf die Landwirtschaft gründete und man mit ihr gut gefahren war, baute man diese aus und blieb dabei, was sich dann nach dem Zweiten Weltkrieg als fatal erweisen sollte. In den beiden anderen Orten ist die Entwicklung nicht so extrem verlaufen. In Kiechlinsbergen, dessen Einwohner ebenfalls als wohlhabend bezeichnet werden (immerhin konnten in den Auswanderungsjahren zwischen 1830 und 1850 38 Personen die Kosten aus eigenen Mitteln bestreiten), hat man bald nach anderen Einnahmequellen gesucht, wie es zum Beispiel die Errichtung der Zigarrenfabrik beweist, die allerdings nur kurze Zeit bestanden hat. In Amoltern, wo die Leute eher arm waren, blieb gar nichts anderes übrig, hier finden sich nach 1900 auch die ersten Auspendler. Entsprechend dem Wohlstand wuchs auch der Bildungsstand, zumal der Staat seit der Mitte des Jahrhunderts den Schulen verstärkte Aufmerksamkeit widmete. Den Unterricht erteilten in Königschaffhausen, wo

„strenge Zucht und Sitte“ herrschte, schon 1856 ein Haupt- und ein Unterlehrer, mit denen es allerdings bald Schwierigkeiten gab, da sich der Hauptlehrer als Trinker, der Unterlehrer als Pietist herausstellte, wobei die Obrigkeit letzteres härter bewertete und den jungen Mann sofort nach Konstanz versetzte, wo er wenig Gesinnungsgenossen gefunden haben dürfte. Aber dies waren Einzelfälle. Insgesamt war man mit den Lehrern zufrieden. Eine zweite Hauptlehrerstelle wurde 1914 eingerichtet. Seit etwa 1836 gab eine sogenannte Industrielerin Haushaltsunterricht. Fortbildungsunterricht fand in Endingen statt. Über die Zustände an der Schule wachten der Schulvorstand, Bürgermeister und Kirchengemeinderat unter Vorsitz des Pfarrers als Ortsschulinspektors. Ein Schulhaus stammte noch aus dem 18. Jahrhundert, es wurde in der Folge mehrmals umgebaut und erst 1950 durch einen Neubau ersetzt. In Amoltern unterrichtete zunächst ein Lehrer, der gleichzeitig das Mesneramt ausübte. Auch hier gibt es die üblichen Klagen, daß er zuviel im Wirtshaus zu sehen sei. Einen Verweis handelte er sich 1889 ein, weil er unziemliche Bemerkungen über das am Geburtstag des Großherzogs abgehaltene Fest gemacht hatte. Amoltern hatte 1875 eine Schule 1. Klasse, der Lehrer erhielt 455 fl. zuzüglich 35 fl., weil er auch den Fortbildungsunterricht besorgte. Eine Unterlehrerstelle wurde 1919 geschaffen. Die Industrieschule ist seit 1873 nachzuweisen, seit 1892 bezog die Lehrerin 48 Mark jährliches Gehalt. Der Unterricht fand zunächst in einem ehemaligen herrschaftlichen Gebäude statt, das die Schule sich mit einem Bürger teilte. Im Schulzimmer stand dessen Backofen, was dem Bezirksamtmannt keineswegs zusagte. Der Bau des Schul- und Rathauses, das 1903 bezogen werden konnte, beendete diese Zustände. Dabei konnte das alte Schulhaus noch um 4.100 Mark verkauft werden. Auch Kiechlingsbergen hatte eine Schule 1. Klasse, an der 1859 bereits zwei Lehrer und eine Industrielerin unterrichteten. Sie wurde 1859 in die 2. Klasse eingestuft, was das Gehalt für den Lehrer auf 375 fl., für den Unterlehrer auf 265 fl. erhöhte. Feste Gehälter gab es ab 1874, seither bezogen der Hauptlehrer 840 Mark, der Unterlehrer 660 Mark, die Industrielerin wurde 1884 mit jährlich 50 Mark besoldet. Die beiden Lehrer wohnten zeitweise im Schulhaus, sicherlich jedoch nicht im ältesten, das schon 1847 leicht baufällig war und wegen der schlechten Lichtverhältnisse beanstandet wurde. Außerdem mißfiel, daß die Gemeinde in dem darunter befindlichen Keller ihre Fässer und den statt Zahlung angenommenen Wein verwahrte. Das neue Schul- und Rathaus wurde 1901/02 erstellt und erst 1963 durch einen eigentlichen Schulhausneubau ersetzt. Auch hier hatte eine Stiftungskommission die Aufsicht über den Schulbetrieb, sie erreichte 1869 die Trennung von Schul- und Mesnerpfründe. Dabei überließ die Stiftungskommission der Gemeinde die bisherigen Mesnereinkünfte, nämlich 1/2 Sester Mischfrucht von jedem Bürger und 1 V Wein von jedem Rebenbesitzer, wogegen die Gemeinde auf ihre Ansprüche am sogenannten Pfaffenholz von zwei Mannshauet verzichtete. Im gleichen Jahr war auch in Königschaffhausen die Trennung der sogenannten niederen Kirchendienste vom Schuldienst erfolgt.

Wenn von Wohlstand die Rede ist, muß zwischen den Vermögensverhältnissen der Einwohner und der Gemeinde unterschieden werden. Gerade auf die Gemeinden waren seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts laufend mehr und größere Verpflichtungen zugekommen, vor allem, nachdem sie bisher herrschaftliche Aufgaben hatte übernehmen müssen. Dazu kamen die Auflagen von seiten des Bezirksamtes. Die Folge war, daß die Einnahmen aus Gemeindebesitz längst nicht mehr ausreichten, um diese Aufgaben erfüllen zu können. Auch dort, wo bisher keine Umlagen erhoben worden waren, mußte dies nun geschehen, gelegentlich mußten sie in recht unpopulärem Ausmaß erhöht werden. Daß dies seine Grenzen hatte, zeigt

das Verhalten des Gemeinderates von Königschaffhausen, der sich 1875 weigerte, eine weitere Erhöhung vorzunehmen, vermutlich, weil sie nicht durchzusetzen war. Sämtliche Gemeinden hatten Schulden, zum Teil beträchtlichen Ausmaßes, die jedoch meist durch das Vermögen abgedeckt waren. Königschaffhausen wird 1875 mit 1020 Mark Schulden genannt. Hier hatten die Erweiterung der Wasserleitung 1860 Mark, die Anschaffung einer Feuerspritze – seit 1871 hatte der Ort eine Freiwillige Feuerwehr mit damals 64 Mitgliedern – 1375 Mark, der Umguß zweier Glocken 530 Mark und der Ausbau des Brandweihers 300 fl. gekostet. Bis zum Ende des Jahrhunderts verschlechterte sich die Situation als Folge vor allem des Eisenbahnbaus und des Rathausbaus von 1894. Trotz kontinuierlicher Schuldentilgung, für die sie 1901 gelobt wurde, war sie damals mit 99.000 Mark im Minus. Die Gemeinde Amoltern wird 1855 als vermögenslos geschildert, was jedoch nur heißt, daß die Einnahmen aus ihren Liegenschaften gering waren. Infolge rigoroser Sparsamkeit gelang es, das Vermögen bis 1872 ständig zu erhöhen, obwohl sich gerade hier die Einnahmerückstände infolge von Mißernten sehr negativ bemerkbar machten. Größere Ausgaben bildeten die Restkosten der Zehntablösung, die erst 1861 abgetragen waren, die Katastervermessung 1864/65, Rathaus- und Schulreparaturen 1867 und der Ankauf des Schulackers im gleichen Jahr. Gemeinsam mit Kiechlinsbergen besaß der Ort eine Feuerspritze, die in Kiechlinsbergen stand und an deren Kosten sich Amoltern zu einem Drittel beteiligte. Bis 1885 konnte dann allerdings wenigstens eine Handspritze erworben werden, bis 1911 auch eine Feuerspritze, zu einer damals notwendigen Neuanschaffung reichte es jedoch nicht. Nicht zu Unrecht wird der Ort noch 1922 als eine der ärmsten Gemeinden im Bezirk bezeichnet. Einen ähnlich strukturierten Haushalt wie Königschaffhausen wies Kiechlinsbergen auf. Auch hier überwiegen bei den jährlichen Einnahmen die Umlagen, dazu wurden seit 1858 Vorausbeträge auf das Steueraufkommen erhoben. Die Schulden bestanden vor allem aus den restlichen Zehntablösungskapitalien, die 1861 noch 21.000 fl. ausmachten. Dazu kamen in den folgenden Jahren eine Schulhausreparatur (350 fl.), die Reparatur der Orgel (250 fl.), 70 fl. mußten für die Feuerspritze aufgewendet werden, 500 fl. für die Bereinigung. All dies mußte zu ständiger Erhöhung der Umlagen führen. Aber die größten Ausgaben kamen Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts auf die Gemeinden zu. Es waren dies im wesentlichen Wasserleitungsbau und Einführung der Elektrizität. Die Wasserversorgung der Orte war jahrhundertlang über Brunnen erfolgt, die ihr Wasser von Brunnenstuben auf der Gemarkung bezogen. Die Tatsache, daß Königschaffhausen über keine Quellen auf seiner Gemarkung verfügte und daher sein Wasser auf Grund von Verträgen aus der Kiechlinsberger Gemarkung beziehen mußte, hatte jahrhundertlang zu Streitigkeiten zwischen den beiden Gemeinden geführt, die noch das ganze 19. Jahrhundert durchzogen, bis gegen 1898 eine Einigung zustandekam. Königschaffhausen wurde 1856 durch neun laufende Brunnen versorgt, 1864 wünschte man die Erstellung von zwei Pumpbrunnen. Im gleichen Jahr hatte man sich mit Kiechlinsbergen dahin geeinigt, daß der Bach außerhalb des Ortes geteilt werden und ein Teil durch Königschaffhausen fließen und sich hinter dem Dorf wieder mit dem ursprünglichen Bach vereinigen sollte. Als bald erfolgte in den Jahren 1866/68 ein Brunnenleitungsbau, 1880 gab es 11 öffentliche, von der Gemeinde unterhaltene Brunnen, die zwei mal jährlich gereinigt wurden. Ein allgemeiner Wasserleitungsbau erfolgte 1886, bis zum Spätjahr waren fast alle Häuser angeschlossen, 1904 wurde das Werk erneuert. Kiechlinsbergen wies 1857 drei laufende Gemeindebrunnen auf, die gutes Trinkwasser ergaben, daneben besaßen viele Höfe eigene Pump- und Schöpfbrunnen. Der Wasserleitungsbau erfolgte hier zu Beginn des 20. Jahrhunderts, 1933–35 wurde die Leitung erweitert. Mehrere öffent-

liche Brunnen versorgten auch Amoltern mit gutem Trinkwasser, nur zum Pfarrhaus mußte das Wasser hinaufgeschafft werden. Alle drei standen im Unterdorf, erst zwischen 1911 und 1922 kam ein vierter im Oberdorf hinzu. Der Bau einer Wasserleitung wurde seit 1926 erwogen und 1931 durch die Fassung und Ableitung von zwei Quellen durchgeführt. Zu den Kosten in Höhe von 33.000 Mark trugen das Reich 5.000 fl., der Kreis 2.000 Mark bei. Spätestens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann man überall, die bisher übliche Nachtwache durch eine neu installierte Straßenbeleuchtung zu ersetzen, meist Gaslaternen. Bis zur Ersetzung dieser durch elektrische Beleuchtung, bis zur Einführung der Elektrizität allgemein, verging jedoch noch einige Zeit. Die Gemeinde Königschaffhausen verhandelte 1907 mit der Firma Carl Mez & Söhne, der späteren elektrischen Überland-Zentrale Oberhausen AG in Herbolzheim, die 1959 vom Badenwerk übernommen worden ist. Der Vertrag über die Lieferung von Elektrizität wurde am 4.12.1907 auf 20 Jahre abgeschlossen und sollte sich, wenn nicht gekündigt, automatisch um ein Jahr erneuern. Das Stromnetz konnte nach 10 Jahren von der Gemeinde erworben werden. Am 15.3.1911 folgte ein Zusatzvertrag über die Straßenbeleuchtung. Für die beiden anderen Orte fehlen hier die ausführlichen Unterlagen, aber die Dinge sind sicher ähnlich verlaufen. Neben diesen teuren Unternehmungen finden sich überall Rathausenerweiterungen oder, wo noch nicht vorhanden, Rat- und Schulhausneubauten.

Und was bewegte die Leute im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert außer den Grundstückspreisen und sonstigen wirtschaftlichen Gegebenheiten? Da gab es natürlich die großen Themen: Rathaus- und Schulhausbauten, die Kirchnerneubauten von Kiechlinsbergen und Amoltern. Man erregte sich jedoch über die Forderung des Bezirksamtes, die Friedhöfe, angeblich aus hygienischen Gründen, von den Kirchen wegzuverlegen, womit sich das Amt aber lediglich in Königschaffhausen und dort erst 1868/69 durchsetzte. Politische Parteien kamen auf und sorgten, vor allem um die Zeit des Kulturkampfes, für Zündstoff. Dies anscheinend vor allem in Amoltern, wo sich die Bürgerschaft um 1875 auf die Ultramontanen und die Liberalen verteilte, die ihre Hochburgen in den beiden Wirtshäusern hatten. Spannungen zwischen dem Pfarrer und einer Anzahl von Bürgern waren die Folge, die erst gegen 1879, unter dem Einfluß wirtschaftlicher Probleme, etwas in den Hintergrund traten. Denn die Ortspfarrer betätigten sich politisch, im allgemeinen keineswegs zur Freude der Behörden. In Kiechlinsbergen war in 1850er Jahren das Verhältnis zwischen Pfarrer und Bürgermeister gespannt, „weil letzterer nicht willfährig genug ist . . . und der erstere in Folge dessen in gereizter Stimmung“, wie der Amtmann vermerkt. Dies ging so weit, daß der Pfarrer anläßlich der Wahlen zum Stiftungsrat von der Kanzel empfohlen haben soll, keine Anhänger des Bürgermeisters zu wählen. Dergleichen muß sehr verbreitet gewesen sein, wenn der Amtmann 1865 ausdrücklich feststellt, daß der Pfarrer in Amoltern nicht bei den Kreiswahlen agitiert habe. Ein spätes Opfer solcher Querelen wurde noch zu Beginn dieses Jahrhunderts ein verdienter Bürgermeister eines anderen Ortes, der bei den anstehenden Neuwahlen unterlag, weil er kurz zuvor von seiner Gattin geschieden worden war. Er führte die Niederlage auf die Hetzereien des „klerikalen“ Hauptlehrers zurück, der den Vorwurf mit einer Beleidigungsklage beantwortete. Auch die Persönlichkeiten, welche dem Bürger ein Vorbild sein sollten, kamen immer wieder einmal ins Gerede. Da gab es den Pfarrer, der das Gewissen seiner Beichtkinder zu intensiv erforscht hatte und deshalb versetzt wurde. Es gab den Bürgermeister, der sich eine Geldstrafe und einen Verweis der Obrigkeit zuzog, weil er sich an

einer Straßenrauferei beteiligt hatte. Dennoch genoß er, wie das Amt feststellte (oder gerade deswegen?) das Vertrauen des größten Teils der Bürgerschaft. Nachhaltiges Gerede aber verursachte zu Beginn des Jahrhunderts ein Zettel am Rathaus eines der Dörfer, der in gereimter Form Bürgermeister und Ratschreiber außerehelicher Liebschaften bezichtigte. Der aufgebrachte Bürgermeister ließ den Fall sofort untersuchen und ein Verfahren gegen sich selbst einleiten. Jedoch, alle möglichen Leute wußten von dem Zettel, aber gesehen hatte ihn letztlich niemand, geschweige denn, daß er aufgefunden worden wäre. Die im Verlauf der Untersuchung erstellten Protokolle sind dem heutigen Leser höchst erheiternd, die Betroffenen sahen es natürlich nicht so. Die Sache endete mit einer Ehrenerklärung des Amtes für den Bürgermeister. Im Ort war sie aber noch nicht vergessen, als der Ratschreiber fünf Jahre später sein Amt niederlegte. Auch unter den Ratschreibern gab es eben gelegentlich schwarze Schafe. Abgesehen von dem Unglücklichen, der sich erhängte, als seine Beziehungen zur örtlichen Hebamme bekannt wurden, fielen sie im allgemeinen mehr durch Unterschlagungen auf. Eine der drei Gemeinden hatte das Unglück, innerhalb weniger Jahre an zwei solcher Gesellen zu geraten. Einer davon setzte sich vor der Strafverfolgung nach Amerika ab und ließ seine Frau zurück, die in den folgenden Jahren Amt und Gemeinde durch ihre unehelichen Kinder verärgerte. Über uneheliche Kinder pflegte sich sonst allerdings außer dem Bezirksamtmann höchstens noch der Pfarrer aufzuregen. Aber alle diese Skandale und Skandalchen sind längst vergessen. Gehalten hat sich nur ein Ärgernis, das zeitlos zu sein scheint: die Klagen über die „Jugend von heute“. Dieses dankbare Thema hat auch schon unsere Vorfahren bewegt, sei es, wie 1888 in Amoltern, daß über die Ausschreitungen der jungen Burschen gescholten wurde, sei es wie 1898 in Königschaffhausen, daß man sich über die Schuljugend entrüstete, die sich an freien Nachmittagen in den Wiesen herumtrieb und die Obstbäume plünderte.

Quellen

Der vorstehenden Abhandlung liegen im wesentlichen die Ortsbereisungsakten zugrunde:

Amoltern:	1850–72	GLA 350 (1926,4) 1
	1873–88	Staatsarchiv Freiburg 350/1431
	1889–1930	Landratsamt Emmendingen, Ortsakten Amoltern

Kiechlinsbergen

	1851–67	GLA 342/1421
		Die anschließenden Akten sind im Zweiten Weltkrieg im Landratsamt Freiburg zugrundegegangen

Königschaffhausen

	1851–82	GLA 350 (1926,4) 43
	1883–1929	Landratsamt Emmendingen, Ortsakten Königschaffhausen

Ferner wurden einzelne Akten aus den Gemeindearchiven benutzt.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS:

Alem.Jb	Alemannisches Jahrbuch
Dümge	Dümge, C.G. Regesta Badensia, Karlsruhe 1836
EbA Freiburg	Erzbischöfliches Archiv Freiburg
FDA	Freiburger Diözesan-Archiv
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
KvK	Kindler v. Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch, Heidelberg 1898 ff.
MGH	Monumenta Germaniae Historica
PfA	Pfarrarchiv
RBS	Regesten der Bischöfe von Straßburg
RMB	Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg 1050–1515, Innsbruck 1892 ff.
StadtA	Stadtarchiv
ThUB	Thurgauisches Urkundenbuch
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins